



Landtag
Burgenland

STENOGRAPHISCHES PROTOKOLL

der
02. Sitzung

der
XXII. Gesetzgebungsperiode

Donnerstag, 27. Februar 2020

10.03 Uhr - 12.10 Uhr

Tagesordnung

1. Regierungserklärung des Landeshauptmannes Mag. Hans Peter Doskozil;
2. Wahl des Hauptausschusses, des Ausschusses für europäische Integration und grenzüberschreitende Zusammenarbeit und der übrigen ständigen Ausschüsse;
3. Wahl in den Landes-Rechnungshofausschuss;

Inhalt

Landtag

Mitteilung des Einlaufes und Zuweisung (S. 32 u. S. 65)

Landesregierung

Regierungserklärung des Landeshauptmannes Mag. Hans Peter
D o s k o z i l (S. 34)

Debatte über die Regierungserklärung

Redner: Mag.a Regina P e t r i k (S. 43), Johann T s c h ü r t z (S. 47),
Markus

U l r a m (S. 51), Robert H e r g o v i c h (S. 56)

Ausschüsse

Wahl des Hauptausschusses, des Ausschusses für europäische
Integration und grenzüberschreitende Zusammenarbeit, des Agrarausschusses,
des Finanz-, Budget und Haushaltsausschusses, des Immunitäts- und
Unvereinbarkeitsausschusses, des Petitionsausschusses, des
Rechtsausschusses, des Sozialausschusses, des Umweltausschusses und des
Wirtschaftsausschusses (S. 58)

Wahl in den Landes-Rechnungshofausschuss (S. 63)

Landesregierung

Mitteilung des Einlaufes und Zuweisung (S. 32 u. S. 65)

Beginn der Sitzung: 10 Uhr 03 Minuten

Präsidentin Verena Dunst: Einen schönen guten Morgen, meine sehr verehrten Damen und Herren! Meine Damen und Herren Abgeordneten! Ich begrüße Sie. Wir begrüßen gemeinsam die Regierungsmitglieder, Frau Landeshauptmann-Stellvertreterin, Herrn Landeshauptmann.

Wir begrüßen natürlich seitens des Burgenländischen Landtages sehr herzlich unsere Gäste auf den Galerien, herzlich willkommen. Der Hohe Landtag freut sich, wenn Sie großes Interesse am Verlauf unserer Sitzungen haben.

Sehr viele Gäste, die heute gekommen sind, weil es mit der Regierungserklärung des Herrn Landeshauptmannes und den ersten Debatten wieder eine ganz besondere Sitzung ist. Ich freue mich auch, dass eine Klasse der Berufsschule Eisenstadt gekommen ist.

Es ist heute, meine Damen und Herren, die 2. Sitzung des Burgenländischen Landtages in der neuen Legislaturperiode. Nach der Konstituierung und der Wahl des Landeshauptmannes und der Landesregierung in der 1. Landtagssitzung wird heute die Regierungserklärung abgegeben. Darin wird der Herr Landeshauptmann die Schwerpunkte der Arbeit der Landesregierung für die nächsten fünf Jahre präsentieren und das Programm für die Arbeit der Landesregierung vorlegen.

Heute, Hohes Haus, meine sehr geehrten Damen und Herren, darf ich auch jene begrüßen, die unsere heutige Sitzung via Live-Stream mitverfolgen. In dieser 2. Sitzung des Burgenländischen Landtages werden auch die Mitglieder der Ausschüsse gewählt. Die Ausschüsse haben die Aufgabe, Verhandlungsgegenstände, die im Landtag behandelt werden sollen, vorzubereiten.

Nach den Vorbereitungen werden die Verhandlungsgegenstände, die Anträge, dem Landtag zugewiesen. Einige von Ihnen haben sicher schon etliche Landtagssitzungen mitverfolgen können. Sie wissen, dass die Behandlung eines Antrages an den Landtag mit dem Bericht des Berichterstatters aus dem Ausschuss beginnt. Heute haben wir noch keinen Ausschussbericht, denn nach der heutigen Wahl müssen sich die Ausschüsse erst konstituieren und die heute eingebrachten Anträge behandeln.

Ich möchte mich an dieser Stelle auch sehr herzlich bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Landtagsdirektion bedanken, denn für den reibungslosen Ablauf des Landtages, der Ausschüsse, der Geschäftsbehandlungen, der gesamten Administration braucht es Menschen wie Sie, meine Damen und Herren. Vielen herzlichen Dank.

Ich bedanke mich im Namen des Hohen Landtages für diese großartige Arbeit, denn die Landtagsdirektion ist Ansprechpartner für die Abgeordneten im Haus und steht allen stets mit Rat und Tat zur Seite.

Heute darf ich gemeinsam mit der Landtagsdirektion alle neuen Landtagsabgeordneten in die Landtagsdirektion einladen, damit Sie alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter kennenlernen und wissen, wo wir Sie unterstützen können.

Sie haben gesehen, dass Sie, Hoher Landtag, auch einige Dinge auf Ihrem Platz vorfinden, unter anderem auch der schon vorgelegte und beschlossene Ablauf, sprich, die Termine der Ausschüsse und der Landtage für heuer, inklusive natürlich der Präsidiale.

Meine Damen und Herren! Damit darf ich jetzt offiziell die 2. Sitzung der XXII. Gesetzgebungsperiode des Burgenländischen Landtages eröffnen.

Die Beschlussfähigkeit, Hoher Landtag, meine Damen und Herren Abgeordneten, ist gegeben.

Die Amtliche Verhandlungsschrift der 1. Sitzung ist geschäftsordnungsgemäß aufgelegt, sie ist unbeanstandet geblieben und gilt daher als genehmigt.

Mitteilung des Einlaufes

Präsidentin Verena Dunst: Nunmehr darf ich Herrn Schriftführer Killian Brandstätter um Verlesung des Einlaufes bitten.

Bitte Herr Abgeordneter.

Berichterstatter Kilian Brandstätter: Einlauf für die 02. Sitzung des Burgenländischen Landtages am Donnerstag, dem 27. Februar 2020.

Folgende selbständigen Anträge

1. der Landtagsabgeordneten Mag.a Regina Petrik und Wolfgang Spitzmüller auf Fassung einer EntschlieÙung betreffend Implementierung von Buddy-Systemen an Schulen (Zahl 22 - 1) (Beilage 1);
2. der Landtagsabgeordneten Mag.a Regina Petrik und Wolfgang Spitzmüller auf Fassung einer EntschlieÙung betreffend Durchführung einer Imagekampagne für Pflegeberufe (Zahl 22 - 2) (Beilage 2);
3. der Landtagsabgeordneten Mag.a Regina Petrik und Wolfgang Spitzmüller auf Fassung einer EntschlieÙung betreffend Ausbau von Photovoltaikanlagen (Zahl 22 - 3) (Beilage 3);
4. der Landtagsabgeordneten Mag.a Regina Petrik, Christoph Wolf und MMag. Alexander Petschnig auf Fassung einer EntschlieÙung betreffend Abhaltung von Diskussionsveranstaltungen für Schülerinnen und Schüler mit Politikerinnen und Politikern (Zahl 22 - 4) (Beilage 4);
5. der Landtagsabgeordneten Robert Hergovich, Mag.a Regina Petrik, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung einer EntschlieÙung betreffend die Sicherung der Lebensqualität und Durchsetzung der kommunalen Interessen für den Fall der Verlängerung der A3 (Zahl 22 - 5) (Beilage 5);

sind eingelangt.

Präsidentin Verena Dunst: Vielen Dank Herr Schriftführer. Ich darf zwei BegrüÙungen noch nachholen. Wichtig für die Arbeit, dass die Menschen drauÙen unsere Arbeit des Landtages mitverfolgen können, sind die Medien. Ich darf Sie im Namen des Landtages sehr herzlich begrüÙen. BegrüÙe aber auch die beiden Abgeordneten zum Bundesrat.

Ich darf nunmehr fortfahren. Meine Damen und Herren! Gemäß § 56 Abs. 5 GeOLT wurde die Tagesordnung für die heutige Sitzung fristgerecht versendet. Sie ist unverändert geblieben.

Gibt es gegen die Tagesordnung, Hoher Landtag, einen Einwand? -

Das ist nicht der Fall.

1. Punkt: Regierungserklärung des Landeshauptmannes Mag. Hans Peter Doskozil

Präsidentin Verena Dunst: Dann darf ich in die Tagesordnung eingehen und komme zum 1. Punkt der Tagesordnung, zur Regierungserklärung des Herrn Landeshauptmannes.

Gemäß Artikel 45 Absatz 1 der Burgenländischen Landesverfassung hat die Landesregierung am Beginn ihrer Funktionsperiode eine Regierungserklärung abzugeben, die insbesondere die Schwerpunkte der künftigen Regierungstätigkeit zu enthalten hat.

In Entsprechung dieser Bestimmung erteile ich Herrn Landeshauptmann Mag. Hans Peter Doskozil das Wort, sehe aber, dass ich einen Abgeordneten vergessen habe zu begrüßen, der uns aber, unsere Interessen in Brüssel vertritt, freue mich den EU-Abgeordneten, den vorigen Klubobmann Mag. Christian Sagartz, BA sehr herzlich zu begrüßen, heute das erste Mal in Funktion. Wir begrüßen Sie.

Nunmehr darf ich dem Herrn Landeshauptmann das Wort zur Abgabe der Regierungserklärung erteilen.

Bitte Herr Landeshauptmann.

Landeshauptmann Mag. Hans Peter Doskozil (SPÖ): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordneten zum Burgenländischen Landtag! Geschätzte Regierungsmitglieder! Meine sehr geehrten Damen und Herren und Besucher auf der Tribüne! Es ist mit Sicherheit ein besonderer Moment - und das haben wir in den letzten Wochen auch in der Phase der Erarbeitung dieses Regierungsprogrammes, dieses Arbeitsprogrammes, durchaus auch selbst wahrgenommen -, Verantwortung in dieser Art und Weise für das Burgenland übernehmen zu dürfen. Es ist, wie schon hier klar zutage tritt, eine Alleinregierung.

Es ist eine aus meiner Sicht durchaus natürlich schöne Aufgabe, es ist eine besondere Aufgabe, für unser Heimatland tätig zu sein. Es ist aber auch eine Verantwortung, mit dieser absoluten Mehrheit entsprechend auch umzugehen, mit dieser absoluten Mehrheit und mit diesem Regierungsprogramm, das wir heute nicht nur auf den Tisch legen, sondern auch zum Gegenstand unserer zukünftigen Arbeit machen, wirklich sorgsam umzugehen und im Interesse des Landes und im Interesse unserer Bevölkerung hier zu arbeiten.

Es ist aus meiner Sicht daher das Gebot der Stunde, auch nochmals zu betonen, dass es wichtig ist, die Hand auszustrecken, dass es wichtig ist, nicht nur hier vom Rednerpult aus, sondern auch dann tatsächlich in der täglichen Arbeit, im täglichen Prozess, auch im täglichen Landtagsprozess, das Gemeinsame vor das Trennende zu stellen.

Ich glaube, das ist die besondere Herausforderung, die nicht nur die Regierungspartei treffen wird, sondern die alle Fraktionen des Hauses aus meiner Sicht zu erfüllen haben. Zu erfüllen haben, im Interesse, wie schon bereits gesagt, des Landes und ganz besonders im Interesse auch der Erwartungshaltung unserer Bevölkerung.

Mir ist durchaus bewusst, und daher möchte ich dieses Kapitel und dieses Thema gleich zu Beginn ansprechen, dass dazu auch ein gewisses vertretbares Maß an Transparenz gehört. Das Thema Transparenz wurde natürlich in den vergangenen Jahren, in der vergangenen Legislaturperiode, vielfach diskutiert.

Es wurde immer so diskutiert, dass natürlich die Opposition immer mehr Transparenz forderte, egal wer jetzt in der Regierungsverantwortung war, auch in den

letzten und vorletzten Perioden und dass die Regierungsparteien hier natürlich immer einen anderen Standpunkt eingenommen haben.

Ich glaube, wir müssen mit dieser Thematik offen umgehen, und wir werden den Beweis antreten, dass wir nicht nur diese Transparenz hier leben wollen, sondern dass wir diese Transparenz auch in Richtung Bevölkerung leben wollen.

Daher haben wir ein Maßnahmenpaket geschnürt, das auch in der Fortsetzung der Tätigkeit und der Art Regierungsarbeit des letzten Jahres, der letzten Phase dieser Koalition, zu verstehen ist, wo wir Dinge auf den Tisch gelegt haben, die Sie diskutiert und umgesetzt haben. Ähnlich soll es auch jetzt so passieren. Es ist ein Regierungsprogramm, das wirklich sehr umfangreich ist. Es ist ein Regierungsprogramm mit über 180 Punkten, mit ganz konkreten Maßnahmen, mit Zeitschienen hinterlegt, wann wir was umsetzen wollen.

Es ist ein Regierungsprogramm, das natürlich so angelegt ist, und das wird man auch bei den Zeitschienen sehen, das sich sehr stark auf die ersten zwei, drei Jahre dieser Periode konzentriert. Das bedeutet natürlich umgekehrt, dass wir auch die Größe haben müssen, dieses Regierungsprogramm als fließendes Programm zu sehen.

Das heißt, das, was hier auf den Tisch gelegt wird, am heutigen Tag, bedeutet nicht, dass das bis zum Ende der Periode der Weisheit letzter Schluss ist, sondern, dass wir auch Themen, die sich im Laufe der Periode stellen, aufgreifen müssen, dass wir das Regierungsprogramm natürlich erweitern müssen und dass wir auch über Themen, die von der Opposition an uns herangetragen werden, diskutieren werden.

Das bedeutet nicht, dass dieses Programm abschließend zu sehen ist, sondern dass es ein offener Diskussionsprozess sein soll.

Für diese Arbeit ist es aus meiner Sicht einerseits ganz wichtig, und ich habe das schon mehrfach betont, dass wir der grünen Fraktion den Klubstatus zuerkennen. Auch das ist ein ganz ein wesentlicher Moment, dass Oppositionsarbeit auch von den Ressourcen her wahrgenommen werden kann. Wir haben schon mehrfach gesagt, dass wir die Fragerechte des Landtages erweitern wollen.

Das bedeutet, dass wir auch in die Holdingbereiche Einblick gewähren müssen. Das ist auch ein Gebot der Transparenz. Natürlich ausgenommen jene Bereiche, wo es Unternehmen gibt, die im ständigen Wettbewerb und in der Konkurrenz zueinander stehen und im Bereich der Privatwirtschaft diesen Wettbewerb auch leben müssen.

Das ist aus meiner Sicht ein ganz wesentlicher Faktor, dass auch wir, seitens der Regierung, lernen müssen, diese neuen Gegebenheiten zu leben. Aber auch die Opposition muss diese neuen Gegebenheiten aufnehmen. Ich glaube, das ist ein wichtiger Faktor und so sollten wir uns in Zukunft gegenseitig begegnen, denn dann können wir sicherstellen, dass wir gemeinsam für das Burgenland auch Entsprechendes weiterbringen und dass wir eine solide Arbeit für das Burgenland erbringen werden.
(Beifall bei der SPÖ und den GRÜNEN)

Das Regierungsprogramm, das ich heute präsentieren darf, ist ein Regierungsprogramm der gesamten Regierung. Ich darf mich auch bei meinen Regierungsmitgliedern, die in den letzten zwei Wochen sicherlich sehr intensiv hier mitgearbeitet haben, bedanken. Stellvertretend sei hier Heinrich Dörner genannt, der hinkünftig zu seinen bisherigen Ressortverantwortungen auch weitere Aufgaben übernehmen wird. Insbesondere sei das Feuerwehrwesen genannt.

Auch Astrid Eisenkopf wird neben ihrer Funktion als Landeshauptmann-Stellvertreterin eine ganz zentrale Rolle einnehmen. Hier werden die Zuständigkeiten speziell um den Gemeindebereich erweitert.

Die Zuständigkeiten von Christian Illedits, der seine angestammte Funktion als Sozialreferent auch in Zukunft innehaben wird, werden um den Bereich der Wirtschaft erweitert.

Zu guter Letzt ist in weiterer Folge der Bildungsbereich zu nennen, der bei Daniela Winkler umfassend abgebildet wird. Zukünftig werden ihre Agenden noch in weiterer Folge um den Bereich Asyl und Integration ergänzt.

Mein Bereich, der sich so wie in der letzten Regierungsperiode auf das Personal, auf die Finanzen, auf die Gesundheit, auf die Spitäler und auf die Kultur bezieht, wird um die touristischen Agenden ergänzt.

Wir haben in dieser Diskussion und in dieser Erarbeitung des Regierungsprogrammes gesehen, dass wir damit konfrontiert sind, dass sich die Regierung verkleinert hat, sodass wir jetzt fünf Regierungsmitglieder haben. Das sind die verfassungsrechtlichen Vorgaben aus der letzten Periode. Wir müssen hier, und das sage ich ganz offen, natürlich komprimierter arbeiten. Aber, wir sehen, und das möchte ich auch ganz deutlich sagen, dass es auch mit fünf Regierungsmitgliedern möglich ist, hier diese Tätigkeiten zu absolvieren.

Das bedeutet in weiterer Folge, dass wir bei allen Diskussionen, die wir in der Zukunft über verfassungsrechtliche Änderungen, beispielsweise über Klubstatus der grünen Fraktion, möglicherweise führen werden, diese Diskussion über die Anzahl der Regierungsmitglieder seitens der Sozialdemokratie nicht führen werden.

Wir wollen, dass die Anzahl der Regierungsmitglieder auch in Zukunft auf fünf beschränkt bleiben wird. Ich glaube, das ist ein klares Signal, denn es wäre ein falsches Signal, wenn wir heute in dieser Periode demonstrieren und zeigen, wie Regierungsarbeit mit fünf Mitgliedern funktionieren kann, dass wir die Regierung in Zukunft erweitern. *(Beifall bei der SPÖ)*

Ich möchte jetzt ein bisschen in die inhaltliche Thematik und in das inhaltliche Programm, in diese vielen Punkte dieses Regierungsprogramms einschwenken.

Natürlich werden die großen Projekte, die wir in der letzten Periode begonnen haben, das war der Mindestlohn, das war die Pflege, das war die Biowende, das waren bildungspolitische Meilensteine, fortgeführt.

Zum Punkt Mindestlohn: Der Mindestlohn wurde sicherlich sehr intensiv diskutiert, aber der Mindestlohn ist aus meiner Sicht ein ganz wichtiger gesellschaftspolitischer, aber auch wirtschaftspolitischer Faktor, den es gilt, umzusetzen.

Der Mindestlohn, so, wie wir ihn in der Landesverwaltung begonnen und jetzt schon in der KRAGES umgesetzt haben, wird im Laufe dieses Jahres ausgerollt. Er wird sukzessive auf sämtliche Holdingbereiche ausgerollt. Wir werden deshalb am Ende des Jahres auch zeigen und demonstrieren können, dass es in solchen Betrieben, wie in der Kurpark AG, wie in der Sonnentherme Lutzmannsburg, also in Betrieben, die sich der Konkurrenz unterwerfen müssen, auch ohne zusätzliche Zuschüsse des Eigentümers möglich ist, diesen Mindestlohn zu realisieren. *(Zwiesgespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Wir haben auch in einem anderen Bereich, in einem nächsten Schritt, klar aufgezeigt - ich darf nur daran erinnern, dass es derzeit aktuell in den Bereichen der

Pflegeberufe, wo einerseits eine 35-Stunden-Woche gefordert wird, Diskussionen gibt, wo andererseits von Streikdrohungen und so fort die Rede ist -, wir wollen einen anderen Weg gehen.

Wir werden hier mit allen Betreibern, die natürlich, und das haben wir ja schon definiert, ein gemeinnütziger Sektor sein werden, in Verhandlungen treten und ihnen das Angebot machen, auch hier den Mindestlohn umzusetzen.

Das ist aus meiner Sicht ein ganz ein wesentliches Signal, weil es nicht darum geht, und ich sage das auch ganz offen, dass man 35 Stunden arbeitet und dann von dem, was man verdient, möglicherweise nicht leben kann. Es geht, und das ist der wichtigste Ansatz für die Menschen, vielmehr darum, dass sie von dem, was sie verdienen, auch leben können. *(Beifall bei der SPÖ)*

Das ist unser Zugang. Diese Diskussion haben wir mit dem Mindestlohn eröffnet. 1.700 Euro netto ist unser Limit, das ist unsere Grenze, dort definieren wir menschenwürdigen Lohn, dort definieren wir jenen Bereich, dass die Menschen auch von ihrem verdienten Geld ordentlich ihr Leben im Familienkreis mit den Kindern bestreiten können.

Wir sind auch, und das haben wir gesehen, wenn man weiter auf den Bereich der Pflege blickt, durchaus bereit, und das, glaube ich, muss auch immer ein Prozess sein, die Dinge ständig zu hinterfragen.

Wir haben beispielsweise mit dem Pflegeplan und mit den pflegenden Angehörigen sicherlich etwas Neues auf den Tisch gelegt. Wir haben auf den Tisch gelegt, wie es möglich ist, auch zuhause versorgt zu werden. Das, was die Menschen wollen, nämlich, zuhause gepflegt und betreut zu werden, dass das auch realisiert ist, dass jene Personen, die die Betreuung übernehmen, auch sozialversicherungsrechtlich abgesichert werden. Aber, wir müssen uns auch dort ständig hinterfragen.

Wir haben gesehen, dass es einen Bereich gibt, vor allem im Behindertenbereich, den wir dort nicht entsprechend abgedeckt haben. Daher wird es auch hier Maßnahmen geben, auch diesen Bereich entsprechend im Sinne dessen, was wir ursprünglich damit wollten, abzudecken.

Das heißt, auch diesen Prozess und diese Diskussion werden wir führen. Wir haben gesehen, dass auch im Bereich der ganzen Biooffensive, die wir im letzten Jahr auf den Tisch gelegt haben, sehr viel diskutiert worden ist. Auch berechtigt diskutiert worden ist. Da gab es die skurrilsten Beispiele.

Dass Bio wichtig ist, das ist keine Frage. Die Menschen wollen wissen, wovon sie sich ernähren. Sie wollen sich gesund ernähren. Dass es auch genauso wichtig ist, die Regionalität in diesem Zusammenhang in den Vordergrund zu stellen bedeutet, dass wir uns Gedanken machen müssen, eine Rechtsform zu finden, sei es in Form einer Genossenschaft, sei es in Form einer anderen Rechtsform, wie wir den Endverbraucher und den Produzenten direkt miteinander verbinden.

Wie können wir es schaffen, dass heute die burgenländischen Leitbetriebe in diesem Bereich, das Land in diesem Bereich direkt beim Produzenten vor Ort bestellen können, dass es hier eine Verbindung gibt, ohne dass wir darüber diskutieren müssen, ob wir europaweit ausschreiben, oder ob wir Produkte irgendwo anders beziehen können? Das ist ein ganz wesentlicher Faktor. Hier werden wir eine rechtlich tragbare Möglichkeit auf den Tisch legen, dass wir genau dieses Ansinnen, das berechtigterweise, wie schon gesagt, gemacht wurde, auch in weiterer Folge realisieren können.

Es gibt hier auch sehr viele neue Punkte. Ganz wesentlich für mich ist auch das Thema Wirtschaft. Wenn man zurückblickt, so hat das Burgenland mit den ganzen EU-Förderprogrammen sicherlich sehr viel Geld investieren können, um Leitbetriebe anzusiedeln. Sehr viel Geld ist hier auch verwendet worden, um Start-ups und um Möglichkeiten zu schaffen, dass Betriebe ins Burgenland kommen.

Wir müssen aber aus meiner Sicht, und das wird bis zu einem gewissen Grad auch eine Adaptierung und eine Veränderung innerhalb der Wirtschaftspolitik sein, in Zukunft verstärkt auf Klein- und Mittelbetriebe zugehen. Dieses Zugehen auf Klein- und Mittelbetriebe bedeutet beispielsweise, dass wir das Instrument des Handwerker-Bonus, der speziell Klein- und Mittelbetriebe betrifft, permanent installieren wollen. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Es wird ein permanentes Instrumentarium werden, dass heute burgenländische Unternehmen unterstützt, finanziell unterstützt werden, wenn sie im Burgenland Aufträge absolvieren. Wir sind bereit dazu, nach dem Modell in Wien, wo die Wirtschaftskammer die Sozialversicherungsbeiträge, die Selbstbehalte der Klein- und Mittelbetriebe übernimmt, in Kooperation mit der Wirtschaftskammer auch für diesen Bereich die Initiative zu übernehmen.

Wir sind bereit, einen Fonds einzurichten, der sich speziell um Klein- und Mittelbetriebe kümmert. Einen Fonds, wenn es hier zu einer wirtschaftlichen Schieflage kommt, keinen Risikokapitalfonds, sondern wirklich einen Sicherungsfonds für Klein- und Mittelbetriebe.

Ich glaube, dort gibt es ein umfassendes Paket, um auf diese Klein- und Mittelbetriebe, die aus meiner Sicht das Rückgrat, die Basis unseres wirtschaftlichen Erfolges im Burgenland sind, zugehen zu können. *(Beifall bei der SPÖ)*

Ein ganz wesentlicher weiterer Faktor, und das ist auch ein Thema, das in der Vergangenheit sehr intensiv diskutiert worden ist, das aktuell allgegenwärtig ist, ist die Frage, wie wir in Zukunft mit Klimapolitik umgehen. Klimapolitik ist kein Einzelthema, denn Klimapolitik ist ressortübergreifend überall vorhanden.

Hier wird es auch ganz dezidierte und konkrete klimapolitische Maßnahmen geben. Ich glaube, wir haben in der Vergangenheit bewiesen, speziell mit der Ausrollung der Windenergie, welches Potential im Burgenland gelegen ist.

Es muss aus meiner Sicht jetzt der nächste Schritt passieren, und das ist die Photovoltaikoffensive. Diese Photovoltaikoffensive stelle ich mir so vor, nicht in dem Maße, dass sich jeder isoliert für sich überlegt, wo Photovoltaik passieren könnte, denn jeder hat irgendeine Idee, sondern wir brauchen im Burgenland einen gesamten Plan, auch einen Raum planungstechnische Abwicklung Eignungszonen zu definieren, wo wir hinkünftig Photovoltaik analog zur Windenergie ausrollen wollen.

Wir haben, glaube ich, bei der Windenergie bewiesen, dass es möglich ist, weil wir das gut umgesetzt haben. Deshalb wird es auch hier eine Photovoltaikoffensive geben.

Wir müssen auch ganz klar in Verbindung mit dem berechtigten Ansinnen, den lokalen, den regionalen Verkehr zu stärken, die Mobilität der Menschen sicherzustellen, auch da überlegen, wie wir es schaffen, dass diese Mobilität klimapolitisch verträglich ist.

Eine klimapolitische Verträglichkeit gibt es aus meiner Sicht nur mehr dann, wenn wir diese Mobilität mit E-Mobilität sicherstellen und diese Mobilität in einen übernächsten Schritt mit Wasserstofftechnologien sicherstellen.

Auch das wird aus der Burgenländischen Landesregierung heraus ein klarer Auftrag an unsere Unternehmungen der Landesholding sein. Es wird auch einen klaren Plan geben, wann die Burgenländische Landesregierung in all ihren Facetten in der Holding, in der Regierung, auf E-Mobilität umstellt.

Das trifft nicht nur die Bauämter, das trifft nicht nur die Unternehmungen, das trifft auch ganz klar die Regierung mit ihren Dienstfahrzeugen.

Und ich darf an dieser Stelle exemplarisch sagen, dass der Erste, der jetzt aktuell in weiterer Folge auf E-Mobilität umsteigen wird, Landesrat Dorner sein wird, weil eben so ein Fahrzeug aus dem Leasingvertrag heraus ausläuft und diese Umstellung aus meiner Sicht sofort notwendig ist. Wir müssen auch an dieser Stelle mit gutem Beispiel vorangehen. *(Beifall bei der SPÖ und den GRÜNEN)*

Für mich ist auch ein ganz ein wesentliches, wichtiges Thema, ein großer Themenkomplex, wie definieren wir zukünftig leistbares Wohnen? Darüber hat es sicherlich zu wenig Diskussion in der Vergangenheit gegeben, die wir politisch geführt haben, es hat aber sehr viel Feedback für mich persönlich auch aus der Bevölkerung gegeben, dass das wirklich ein berechtigtes Anliegen ist, leistbares Wohnen im Burgenland auch entsprechend darzustellen.

Ich möchte jetzt in dieser Stellungnahme sicherlich keinen Angriff auf unsere Siedlungsgenossenschaftspolitik machen. Die Siedlungsgenossenschaften im Burgenland verhalten sich, das möchte ich auch ganz klar betonen, gesetzeskonform. Es gibt ein entsprechendes Genossenschaftsgesetz dazu.

Aber ich bin der Meinung und das ist wirklich meine persönliche Meinung, dass es Fälle gibt, wo wir mit diesen Modellen, die hier gesetzlich vorgegeben sind, die aber auch bundesgesetzlich vorgegeben sind, nicht mehr vom sozialen Wohnbau sprechen können. Ich möchte das an zwei Beispielen darlegen.

Wenn heute jemand auch in einer sozialen Wohnbaugenossenschaft ausschließlich Mieter ist, ausschließlich nur Miete bezahlt, weil er sich Eigentum nicht leisten kann, dann bezahlt er ein Leben lang die Miete, kauft mit dieser lebenslangen Zahlung möglicherweise ein- bis zweimal diese Wohnung, aber am Ende des Tages gehört ihm nichts. Und die Einnahmen aus diesen Mietzahlungen fließen in die Genossenschaft.

Wenn heute sich jemand nach dieser zehnjährigen Frist, die gesetzlich vorgegeben ist, wohlgemerkt, dazu entscheidet, Wohnungseigentum zu begründen, das heißt, die Wohnung von der Genossenschaft zu übernehmen, dann bedeutet das, dass nach diesen zehn Jahren der Wert der Wohnung neu berechnet wird, am aktuellen Verkehrswert und die ganzen Indexsteigerungen, die es bis dorthin gegeben hat, ja, sogar die Verbesserungen, die er selber finanziert hat, werden für diesen Wert, oder für diese Wertberechnung der Wohnung herangezogen.

Das heißt, der Wert der Wohnung nach zehn Jahren ist ein ganz anderer, ein höherer, als die Finanzierungskosten am Beginn für die Genossenschaft waren. Und das ist aus meiner Sicht zwar gesetzlich korrekt, ich möchte das immer wieder betonen, ist aber aus meiner Sicht nicht sozialer Wohnbau.

Und da bin ich der Meinung, vielleicht auch ein bisschen provokant in meiner Art, wie ich das ausgeführt habe, aber diese Diskussion müssen wir führen, die werden wir gemeinsam führen, die werden wir auch mit den Siedlungsgenossenschaften führen.

Weil es aus meiner Sicht ganz einfach darum geht, die vorhandenen Mittel, und dort sind sehr viele öffentliche Mittel der Wohnbauförderung drinnen, so zu verwenden,

dass diejenigen, die sozialen Wohnbau beanspruchen wollen, die das notwendig haben, für die das wichtig ist, dass es günstige Mieten gibt, dass diese auch bestmöglich umgelegt werden und dass die Mieten so günstig wie möglich organisiert werden. *(Beifall bei der SPÖ und den GRÜNEN)*

Es gibt eine Vielfalt von Themen, ich kann jetzt nicht auf jedes Thema eingehen, aber es ist aus meiner Sicht ein wichtiger Moment, dass wir auch ganz besonders auf die Gemeinden zugehen.

Die Gemeinden sind fast in allen Bereichen, sei es, wenn es um den Mindestlohn geht, sei es, wenn es um die Pflege geht, sei es, wenn es um die Frage geht, wie entstehen vor Ort Arbeitsplätze, wie wird vor Ort Ansiedlungspolitik gelebt, ein ganz ein zentraler wichtiger Partner.

Daher ist es aus meiner Sicht ganz wichtig, dass wir, auch wenn das oft kritisiert wurde in der Vergangenheit und es wohl sicherlich das eine oder andere negative Beispiel gibt, wo es sicherlich auch strukturnegative Beispiele in anderen Bundesländern gibt, aber es muss die Bereitschaft bestehen, und die besteht und dazu bekenne ich mich auch an dieser Stelle, dass wir das System der Bedarfszuweisungen objektiveren.

Dass wir das System der Bedarfszuweisungen klar dahingehend ausrichten, dass wir strukturschwache Gemeinden, finanzschwache Gemeinden, stärker unterstützen. Es bringt sonst nichts, weil jede Gemeinde, die in Finanzschwierigkeiten gerät, ist ein Fall für das Land. Wir müssen die Gemeinden wieder auffangen.

Und ich glaube, wir müssen vorab partnerschaftlich mit gewissen Themen umgehen, offen miteinander umgehen, und auf jeden Fall die Gemeinden als ganz wichtigen Player sehen, wenn es darum geht, das Land weiter zu gestalten und wenn es darum geht, die entsprechenden Maßnahmen auch umzusetzen.

Ich stehe auch nicht an, darüber zu diskutieren, was ja auch in der Vergangenheit immer wieder, vielleicht nicht ganz fair, aber trotzdem auf den Tisch gelegt worden ist, und ich möchte das an zwei Beispielen auch kurz erläutern.

Wenn ich heute mit dem Bürgermeister von Parndorf diskutiere, dann höre ich schon ein bisschen kritische Stimmen, wenn es darum geht, zu viel Zuzug, weil er natürlich seitens der Gemeinde die ganzen Ressourcenthemen, Kindergarten, et cetera fast nicht mehr bewältigen kann.

Ich glaube, er neigt schon fast dazu zu sagen, die Erweiterung des Betriebsgebietes will er stoppen. Er will gar nicht mehr, mehr Betriebe in Parndorf, weil natürlich alles schon sehr groß geworden ist.

Und wenn man auf der anderen Seite mit Bürgermeistern und Vertretern aus dem südlichsten Süden spricht, wo wir in den Bezirken Güssing und Jennersdorf die Herausforderung haben und der müssen wir uns auch stellen, dass es Abwanderungsregionen sind und ich glaube, da sollten wir und müssen wir entgegensteuern.

Da müssen wir entgegensteuern und uns überlegen, ob wir im Bereich der Wohnbauförderung möglicherweise ausdifferenzierter agieren, dass wir im Bereich der Wohnbauförderung möglicherweise einen Zuschlag für Abwanderungsgemeinden gewähren.

Da müssen wir möglicherweise darüber diskutieren, ob wir auch im Bereich der Wirtschaftsförderung hier anders agieren. Das ist aus meiner Sicht ein ganz ein wichtiger Faktor, weil es gibt kein Nordburgenland alleine, es gibt kein Südburgenland alleine. Wir

müssen signalisieren, dass wir natürlich auf die unterschiedlichen Bedürfnisse Bedacht nehmen, dass wir aber das Burgenland in seiner Gesamtheit im Fokus haben. Aus meiner Sicht ein ganz ein wesentlicher Faktor. *(Beifall bei der SPÖ)*

Mir ist durchaus bewusst, dass jetzt viele sagen werden, auch in der Replik auf die Präsentation dieses Arbeitsprogrammes, naja, das haben wir als Erster gefordert, das haben wir schon lange gefordert, das war unsere politische Linie, jetzt machen sie es.

Und ich sagen Ihnen, es geht nicht darum, wer irgendwann etwas gesagt hat, es geht nicht darum, wer irgendwann welche Position vertreten hat, sondern hier und jetzt geht es darum, dass wir mit diesem Regierungsprogramm und mit diesen Maßnahmen, die wir vorschlagen werden, diese diskutieren werden.

Da geht es nicht darum, dass das jetzt so, wie es da steht Punkt für Beistrich umgesetzt werden soll, sondern das ist der Diskurs, den wir gemeinsam führen werden. Ich glaube, das ist auch Zeichen dessen, dass wir fair miteinander umgehen in Zukunft.

Ich möchte, vielleicht untypisch für dieses Regierungsprogramm, auch klar zum Ausdruck bringen, dass wir mit Sicherheit auch natürlich gesellschaftspolitische Themen ansprechen, dass wir natürlich ein klares Bekenntnis zu Europa abgeben.

Das ist auch in der Rolle des Burgenlandes, trotz verschiedenster Diskussionen, die in der Vergangenheit geführt wurden, trotz schwieriger Situationen in der Migrationsthematik, trotzdem ist Europa, die daraus resultierenden Förderungen, die daraus resultierenden und wahrgenommen Chancen, die sich für das Burgenland geboten haben, ein wesentlicher Aspekt, dass das Burgenland heute in dieser Art und Weise wie wir es kennen, so, wie wir es tagtäglich wahrnehmen, so, wie wir im Burgenland leben können, ganz, ganz wesentlich.

Wir werden zu gesellschaftspolitischen Fragen auch dahingehend Stellung nehmen. Die Rolle der Frau ist ganz klar zu definieren. Ich persönlich bin nicht so sehr und hänge nicht zu sehr immer an dieser dogmatischen, auch von der Sozialdemokratie dogmatischen Vorgabe, hier Quotenregelungen zu treffen.

Sondern, ich glaube, wir haben im Burgenland bewiesen, dass man, wenn man Frauen fördert, wenn man Frauen die Chancen gibt und das beginnt schon beim Bildungssystem, bis hin zu den Chancen, die wahrgenommen werden können, dass wir mit diesem Thema schon einen Schritt weiter sind, dass wir fair mit dieser Dogmatik umgehen.

Das zeigt, glaube ich, auch die Führungsstruktur der burgenländischen Landesverwaltung. Das zeigt, dass es nicht mehr notwendig ist, und ich glaube, davon sollten wir uns auch einmal befreien, dass es nicht mehr notwendig ist, die Frau in ein Quotenkorsett zu zwingen, sondern die Frau ganz klar selbstbewusst in den Vordergrund zu stellen.

Die Qualifikationen in den Vordergrund zu stellen und ganz klar auch zu dokumentieren, dass Frauen in Führungsverantwortungen deshalb in Führungsverantwortungen sind, weil sie qualifiziert sind, weil sie das Können haben und nicht, weil sie irgendeine Quote erfüllen. *(Beifall bei der SPÖ)*

Wir haben mit diesem Regierungsprogramm, und das wird vielleicht sehr untypisch für ein Regierungsprogramm sein, durchaus mit sozialdemokratischer Handschrift natürlich, auch ein klares Bekenntnis abgegeben zu unseren Werten.

Und ein klares Bekenntnis, ich sage das auch ganz bewusst, obwohl es diese Diskussion im Burgenland nicht gibt, aber trotzdem ein ganz klares Bekenntnis

abgegeben zum Kreuz im öffentlichen Raum. Ich bin der Meinung, dass wir in einer Gesellschaft leben, die traditionell geprägt ist, wir schöpfen aus dieser Tradition.

Man kann heute Zwischenmenschliches, man kann heute Verhalten in der Gesellschaft, das kann man alles gesetzlich regeln. Diese Regeln gibt es gesetzlich, man kann sich aber aus meiner Sicht für eine funktionierende Gesellschaft nicht auf diese gesetzlichen Regeln zurückziehen, sondern da gibt es noch etwas darüber hinaus.

Und das Darüber hinaus ist die Frage, wie gehen wir miteinander um? Da ist die Frage, wie begegnen wir uns im täglichen Leben? Und da schöpfen wir aus unseren Traditionen, aus unseren Werten und da müssen wir uns auch dazu bekennen.

Daher auch dieses offene Wort, dass wir eine christlich geprägte Kultur haben. Dass wir ein christlich geprägtes Land sind, dass wir aus diesen Werten heraus, auch begleitend mit allen vielen anderen Maßnahmen, heute so leben können wie wir leben. Und daher wird es in Zukunft über diese Thematik, ob ein Kreuz in einem Spital hängt, oder ob ein Kreuz in einer Schule hängt, keine Diskussion geben, sondern das Kreuz wird dort hängen bleiben. *(Beifall bei der SPÖ und des Abg. Géza Molnár)*

In Summe sind das, wie gesagt, ich glaube, 184 Maßnahmen, die wir vorschlagen, die sich sehr, wie schon gesagt, auf diese ersten, zwei, drei Jahre der Regierungsarbeit konzentrieren. Es sind auch sehr viele Maßnahmen drinnen, wo wir uns noch hinterfragen, wo wir Gesetze nochmal diskutieren wollen.

Das Jagdgesetz beispielsweise, wo wir komplett neue Wege gehen, um auch ganz kleine Details auch zu nennen.

Aufforstungsprämien, wo wir möglicherweise auch, auch für Klimapolitik ganz wichtig, dass wir Entsiegelungsprämien, also Rückführungen von Flächen, die versiegelt sind, wieder in den ursprünglichen Bestand, dass wir auch dort Prämienanreize schaffen.

Also es gibt wirklich Detailmaßnahmen, die wir definiert haben, und wie gesagt, aus meiner Sicht ist es wichtig zu dokumentieren, nicht nur aus Sicht der Regierung, sondern aus Sicht der Opposition, dieses Regierungsprogramm ernst zu nehmen, die Einladung über die einzelnen Themen zu diskutieren, auch aufzugreifen, mitzuarbeiten und mitzugestalten.

Wir von der Sozialdemokratie, wir wollen nicht darüberfahren, ich sage das ganz offen. Es wird dieses Bild gezeichnet werden, das ist mir klar. Das ist auch der politische Alltag, aber es gibt ein klares Bekenntnis dazu. Die Dinge, die wir am Tisch legen, die Dinge, die für die Menschen wichtig sind in diesem Land, die sie von uns erwarten, die Art und Weise, wie wir Politik in Zukunft gestalten wollen, dass wir das gemeinsam machen. Diese Einladung gilt bei aller politischen Diskussion.

Es ist aber ein persönliches Anliegen von mir und ist aus meiner Sicht ein ganz ein wesentlicher Faktor, gehen wir fair miteinander um. Gehen wir in der Diskussion fair miteinander um, ich habe das schon mehrfach gesagt.

Wenn man heute damit konfrontiert ist, dass Politiker, dass medial Dinge erzählt werden, die schlichtweg falsch sind, die nicht stimmen, ist es einerseits ein schlechtes Bild nach außen, wenn darum gestritten wird und andererseits wird die Bevölkerung verunsichert und diese Beispiele hat es in der Vergangenheit gegeben.

Ich scheue nicht, und das ist, glaube ich, gelebte Politik, die inhaltliche Diskussion. Natürlich sind alle hier anwesenden Parteien keine Einheitspartei. Es hat jede Partei unterschiedliche Ansichten, unterschiedliche Zugänge zu den einzelnen Themen.

Diskutieren wir das sachlich aus. Diskutieren wir das auf diese Art und Weise aus, dass die Bevölkerung auch ein vernünftiges Bild bekommt.

Auf der einen Seite, dass wir im Burgenland Politiker haben, die fair und ordentlich miteinander umgehen. Und auf der anderen Seite, dass die Menschen auch wissen, wofür stehen diese Politiker.

Ich glaube, das ist ein Auftrag, den wir bekommen haben, nicht nur durch diese Wahl, sondern das ist ein Auftrag aus der Bevölkerung heraus, den wir bekommen haben als Politiker. Und ich lade Sie ein, für das Burgenland, für die Interessen des Burgenlandes, für die Interessen der Menschen, diesen Weg auch gemeinsam mit uns zu gehen. Herzlichen Dank. *(Beifall bei der SPÖ und den GRÜNEN)*

Präsidentin Verena Dunst: Danke schön Herr Landeshauptmann. Danke Herr Landeshauptmann. *(Zwei Mitarbeiter der Stabsabteilung Öffentlichkeitsarbeit verteilen USB-Sticks.)*

Ich darf nur anmerken, dass Sie vielleicht schon gesehen haben, dass hier USB-Sticks ausgeteilt werden, damit alle hier im Hohen Hause jederzeit über die Regierungserklärung verfügen können.

Wir kommen zur Debatte über die Regierungserklärung. Als erste Rednerin in der Debatte über die Regierungserklärung erteile ich nunmehr der Frau Landtagsabgeordneten Mag.a Regina Petrik das Wort.

Ich möchte nur noch hinweisen, dass wir in der Präsidialkonferenz eine freiwillige Redezeitbeschränkung von 15 Minuten pro Wortmeldung vereinbart haben.

Bitte Frau Abgeordnete.

Abgeordnete Mag.a Regina Petrik (GRÜNE): Danke schön Frau Präsidentin. Liebe Kolleginnen und Kollegen! Werte Landesregierung! Liebe Zuseherinnen, Zuseher, Zuhörerinnen, Zuhörer! Willkommen in der neuen Legislaturperiode!

Es wird spannend werden, weil wir die Konstellation dieser Regierung noch nicht erlebt haben, das kennen wir so noch nicht im Burgenland. Was man bislang so mitbekommen hat, und das wurde ja jetzt auch vom Herrn Landeshauptmann noch einmal explizit erwähnt, ist das Bedürfnis da und auch der Wille da, hier einen neuen Stil zu prägen der für das Burgenland auch sehr neu sein könnte.

Ob diese Veränderung langfristig gut tut oder nicht, das wird sich aus heutiger Sicht noch nicht bewerten lassen, weil da müssen wir eben erst schauen, wie es dann auch wirklich umgesetzt wird und wie es sich auch über die Jahre hinweg entwickelt.

Aber ich sehe, da gibt es einen guten neuen Wind, einen guten neuen Stil und es ist gut, dass sich das in diese Richtung verändert. Der Stil, der Tonfall in der öffentlichen Auseinandersetzung hat vielen nicht mehr gefallen. Nicht nur in den letzten Jahren, sondern auch viele Jahre davor.

Und die spannende Frage ist, wird es jetzt anders gehen? Wir werden sehen. Werden wir es schaffen in einer anderen Weise miteinander umzugehen, mit allen Herausforderungen, die es in sich birgt, weil wir hier verschiedene Rollen haben in diesem Landtag und in diesem Land und wir in diesen Rollen deswegen auch unterschiedlich agieren müssen. Das ist uns per Aufgabe und Funktion so aufgetragen, aber dazu werde ich später noch genauer etwas sagen.

Die Frage ist aber auch, und da richte ich mich auch an die Vertreterinnen und Vertreter der Medien, was wird medial vermittelt? Ich kann mich noch gut erinnern, wie ich

angefangen habe vor nicht ganz zehn Jahren bei den GRÜNEN. Ich habe die ersten Pressekonferenzen vorbereitet. Die waren gut durchdacht, differenziert, lang recherchiert, wir haben gute Konzepte hingelegt. - Es hat sich niemand dafür interessiert.

Wie ich dann das erste Mal zu einer Pressekonferenz eingeladen habe mit der Überschrift „Petrik attackiert Nießl“ war der Saal das erste Mal voll. Und was ich daraus gelernt habe? Es kommt in der medialen Weiterleitung dessen was wir politisch diskutieren, leider oft nicht darauf an wie der Inhalt ist. Und gerade ist es weniger interessant, wenn wir sehr respektvoll miteinander umgehen, sondern der Kampf wird halt auch gerne gesehen und das bringt halt mehr Schlagzeilen.

Also insofern möchte ich mich hier auch anschließen und sagen ja, wenn wir da versuchen hier politisch auch anders miteinander anzugehen, dann hoffe ich auch, dass wir auch medial hier in diesem Anderssein auch so wahrgenommen werden.

Seitens der GRÜNEN kann ich sagen, ja, wir setzen auf Kooperation, aber natürlich auch auf Kontrolle. Das ist unsere Aufgabe als Oppositionspartei. Es wäre ja völlig unsinnig zu sagen, als Oppositionspartei geben wir jetzt alles auf, was unsere demokratische Aufgabe ist. Und das ist aber auch genau die große Herausforderung der nächsten Jahre zwischen der Regierung und der Opposition.

Das auszuhalten, diese Ambivalenz auszuhalten, dass wir auf der einen Seite einzelne Projekte haben, wo wir zusammenarbeiten und auf der anderen Seite aber auch, man muss es so sagen, knallharte Oppositionsarbeit machen werden.

Weil natürlich ist es auch unsere Aufgabe, hier kritisch Fragen zu stellen, Rückfragen zu stellen und auch zu fragen, ob alles in der Transparenz so läuft wie das angekündigt ist und wie wir uns das auch vorstellen und wie das auch für die Bevölkerung gut geht.

Wir haben heute, manchen ist es vielleicht schon aufgefallen bei der Verlesung des Einlaufs mit unserer Kooperation schon angefangen. Während wir gearbeitet haben, gab es sogar Medien die gemeint haben, wir sind noch im Ruhezustand, aber heute haben sie gesehen, wir haben schon viel auf den Tisch gelegt.

Wir haben versucht mit den Kolleginnen und Kollegen der anderen Fraktionen in Kontakt zu treten und miteinander hier Anträge einzubringen. Und wer sehr genau und aufmerksam zugehört hat, hat gesehen, das ist auch in sehr unterschiedlichen Konstellationen der Fall. Und das finde ich gut und das wird hier eine lebendige Auseinandersetzung werden.

Konkret haben wir seitens der GRÜNEN mit der Landesregierung auch schon zwei rot-grüne Projekte einmal so angedacht. Ob die im Regierungsprogramm stehen oder nicht, weiß ich nicht, wir haben es ja leider erst heute bekommen. Deswegen kann ich auch nicht heute von dieser Stelle aus, noch nicht sehr differenziert auf das Regierungsprogramm eingehen, weil ich es ja noch nicht wirklich im Wortlaut kenne.

Aber von unserer Seite her freut es mich sehr, dass wir hier also zum einen mit dem Landesrat Dörner bereits ein Projekt über den Ausbau des Alltagsradverkehrs angedacht haben und mit der Landesrätin Eisenkopf über den Lückenschluss im Artenschutz, wo Schutzgebiete miteinander verbunden werden.

Und ja und wir haben sozusagen sehr viel Leidenschaft und Ambition, hier das auch mit ihnen gemeinsam durchzusehen. Ob es im Regierungsprogramm steht, das werde ich mir nachher auf dem Stick anschauen, da bin ich schon neugierig.

Und wir sehen jetzt auch, wo auch die Gefahr da ist. So sehr ich diese Kooperation schätze, müssen wir auch darauf schauen, gerade in der Opposition, und ich sage das jetzt gerade auch seitens einer kleinen Oppositionspartei, dass wir nicht in Kooperation zu Tode umarmt werden. Weil natürlich, und das kennen wir auch, aus unserer Erfahrung als GRÜNE, das kennen Sie vielleicht jetzt aus Ihren größeren Erfahrungen, der größeren Parteien, nicht so gut.

Wir haben sehr viel in Gemeinden, in Landtagen, auch schon im Bund gearbeitet, vorgearbeitet. Weil wenn man eine Forderung stellt, stellt man meistens nicht nur eine Forderung, zumindest nicht bei uns, sondern arbeitet dazu viel und verhandelt und diskutiert und schafft auch sozusagen öffentliche Meinung dazu. Und dann, wenn etwas umgesetzt wird, gehen die Gutpunkte auf die Person und die Regierung, die es umsetzt. Das ist ja klar.

Und ich bitte auch um Verständnis, dass wir hier als Opposition sehr genau darauf schauen müssen, dass wir uns nicht zu sehr auch vereinnahmen lassen, sondern auch hier unsere Linien ziehen und auch schon einmal deutlich sagen, Herr Landeshauptmann, wo Vorarbeiten geleistet wurden.

Und man darf sich auch freuen, wenn etwas, wofür man jahrelang gekämpft hat, jetzt in einem Regierungsprogramm zu finden ist. Das ist ja schön.

Sie haben einiges aufgezählt hier, ich habe da versucht mitzuschreiben. Ja, also wenn Sie zum Beispiel wieder die Umstellung auf Bioversorgung hier angesprochen haben, ja auch da haben wir schon viele Vorarbeiten geleistet. Wir freuen uns sehr, dass das hier weitergeführt wird. In Ausschreibungstexten Ökokriterien hineinzunehmen wird möglich sein. Da ist wirklich vieles in diese Richtung möglich, wie Sie wollen.

Was Sie zum Wohnbau gesagt haben, zu den Genossenschaftsbauten, etwas was wir auch seit einigen Jahren immer wieder anmerken, freut mich sehr, dass hier etwas weitergeht. Man darf sich also schon freuen, wenn sich etwas verändert in der politischen Landschaft, auch wenn man aus der Position der Kleineren heraus, immer wieder etwas zur Sprache gebracht hat.

Gerade auch in der Klimapolitik geht hier einiges weiter. Und wir haben ja heute auch schon, Sie haben es gehört, auch von unserer Seite einen Antrag eingebracht zu einer Photovoltaikoffensive. Wir wissen ja auch, dass da seitens der Bundesregierung im Bereich der erneuerbaren Energien hier einige Unterstützung kommen wird.

Auch was Sie gesagt haben zur klimapolitischen Verträglichkeit des Verkehrs. Also ein Verkehr, der klimaverträglich ist, wenn wir das immer vor Augen haben, ja, dann sind manche Entscheidungen fast auf der Hand.

Wenn ich denke, ich freue mich sehr, dass wir heute auch hier gemeinsam diesen Antrag auf „Stopp der Verlängerung der A3“ einbringen konnten. Das ist schon ein wesentlicher Schritt, wirklich ein Meilenstein aus meiner Sicht, weil, da haben wir noch vor zwei, vor fünf, vor zehn Jahren ganz anders diskutiert.

Aber schauen wir auch in die Zukunft, eine S4 wird jetzt auch schon wieder weitergebaut. Wenn wir das ernst nehmen mit der Klimaverträglichkeit des Verkehrs, dann ist es ganz einfach. Wir wollen dort einen Sicherheitsausbau, die Sicherheit soll erhöht werden, das Tempo nicht. Und damit wäre eigentlich schon vieles klar und die Anwohner und Anrainerinnen wären sehr erleichtert. *(Beifall bei den GRÜNEN)*

Ich freue mich auch sehr, dass in der Landesregierung bereits ein Landesregierungsmitglied auch auf e-Mobilität umsteigt mit dem Dienstwagen. Da haben

unsere Kolleginnen und Kollegen in der Bundesregierung einige Minister und Ministerinnen ja auch schon ihre Erfahrung.

Ich habe auch einen Kollegen, der steigt nur mehr in e-Autos ein. Das wird eine Herausforderung. Wir haben sie bis jetzt noch alle hingekriegt, ich bin sicher sie kriegen das auch hin. Ja, also, wir haben hier auf der einen Seite den guten Ansatz der Kooperation, der Breitenkooperation.

Auf eine Sache möchte ich hinweisen, was ich etwas differenzierter sehe, nämlich die Fragen, wie kommt der Landtag zu seinen eigenen Regeln? Ich glaube, da müssen wir schon gut aufpassen. Da freue ich mich sehr über die große Unterstützung seitens des Landeshauptmannes und seitens der Landesregierung.

Aber es ist schon noch der Landtag, der selber sich seine Regeln gibt und es ist der Landtag der die Beschlüsse fasst, die die Landesregierung dann umsetzt. Dass wir das im Vorfeld verhandeln ist klar, aber es ist nicht die Landesregierung, die hier die Regeln für den Landtag erstellt. Mir ist das auch wichtig, gerade wenn wir unsere demokratischen Rollen und Funktionen hier sehr ernst nehmen.

Ja, wo wir auch als Opposition sicher genau hinschauen werden ist, wie werden die Ankündigungen umgesetzt? Wie schaut etwa dieser jährliche Rechenschaftsbericht der Regierung aus? Wird das ein Imageblatt und ein Instrument der Selbstdarstellung der Regierung, dass dann in jeden Haushalt flattert mit hübschen Bildern oder wird es in der Tat eine kritische Darstellung dessen was geschafft wurde, oder was eben auch nicht geschafft wurde? Oder auch, wo man Meinungen verändert hat, oder wo man etwas in eine andere Richtung verhandelt hat oder nachgebessert wurde?

Wir können uns auch im Landtag fragen, ob so ein Rechenschaftsbericht des Landtages und seiner Fraktionen nicht auch einmal eine reizvolle Aufgabe wäre, miteinander zu erstellen und an die Haushalte zu verschicken? Das wäre einmal eine interessante Aufgabe, wenngleich wir natürlich als Landtag nicht über die finanziellen Mittel verfügen über die eine Regierung verfügt.

Wir haben gehört, das Regierungsprogramm ist jetzt einmal in Planung für etwa zwei Jahre. Ich finde es sehr gut, dass, wie es da genau aussieht weiß ich ja noch nicht, aber dass es so sein soll, dass hier sehr konkrete Zielvorgaben und Zeitvorgaben drinnen stehen.

Damit macht sich die Regierung auch selber besser überprüfbar. Das ist natürlich sozusagen auch etwas was nicht nur eine bessere Planungssicherheit verspricht, sondern auch eine bessere Kontrollmöglichkeit.

Was wir uns dann auch fragen werden, ist dann auch die nötige Weitsicht da drinnen, oder wird nur auf die nächsten zwei Jahre geschaut? Das werden wir uns anschauen.

Wir haben gehört, das Programm wird fließend verändert. In welche Richtung? Wird es weg gehen vom Ziel? Bleibt es bei den Überschriften? Wird was umgesetzt und dann doch wieder anders? Das wissen wir noch nicht.

Ich werde sehr genau schauen was drinnen steht zu einigen Stichworten, die hier gar nicht vorgekommen sind, wie die Schulsozialarbeit die angekündigte, wie der Bibliotheksentwicklungsplan, wie die Neuaufstellung der Integrationsarbeit, die auch dringend nötig ist.

Oder wie Fragen der Armut und der Wohnungslosigkeit im Burgenland. Da bin ich neugierig, ob es diesmal drinnen steht. Vor fünf Jahren habe ich auf diesbezügliche Lücken ja auch schon hingewiesen.

Es wird Sie nicht verwundern, dass es mich ein bisschen reizt, wenn hier angekündigt wird im Regierungsprogramm soll die Rolle der Frau definiert werden. Ich weiß jetzt nicht genau, wie Sie es gemeint haben, aber die Landesrätin Eisenkopf wird uns sicher dann einmal das näher erläutern,

Wenn Sie von Quotenkorsett reden, bin ich auch neugierig, wie die SPÖ-Frauen das dann kommentieren werden. Also es sind hier einige Sachen da bin ich mir nicht sicher, wie sehr die Schlagworte dann auch gleich die Inhalte hier mit transportieren oder ob es jetzt manche flapsigen Ausdrücke gibt oder Überschriften gibt, die dann doch in einer Ausführung etwas relativiert werden.

Auf jeden Fall freue ich mich auf diesbezügliche Diskussionen. Der Internationale Frauentag am 8. März steht ja wieder kurz bevor. Wo ich mich auch frage, ich bin mir nicht ganz sicher wie Sie das meinen, so wie Sie es ausgeführt haben, wenn Sie hier Ihr Plädoyer für das Kreuz im öffentlichen Raum abgegeben haben. Sprechen Sie tatsächlich nur vom Symbol einer Konfession, einer Religion, oder geht es eigentlich um die religiösen Symbole im öffentlichen Raum und um den Diskurs über Religionen und Konfessionen im öffentlichen Raum? Weil so ein Religionskulturkampf will ich doch nicht, dass sich das Burgenland hier hergibt.

Ich weiß es nicht wie es gemeint ist. Wir werden es in den folgenden Wochen und Monaten in den Debatten sehen. Also, von unserer Seite, wir schätzen das Angebot der Kooperation seitens der Landesregierung im Allgemeinen und seitens des Landeshauptmannes im Besonderen sehr.

Es ist deutlich, dass Sie alles in Ihren demokratischen Möglichkeiten tun wollen, um uns auch als kleinere Fraktion das Arbeiten als Klub zu ermöglichen. Dankeschön dafür. Aber es wird natürlich auch für die Regierung eine Herausforderung. Weil das ist nicht so leicht, in einem Punkt zusammen zu arbeiten und aufzustehen und sich im nächsten Punkt vielleicht ganz hart kritisieren lassen zu müssen.

Und das auch auszuhalten und jeweils zusagen in jener Schiene gerade zu arbeiten, die jetzt gerade ansteht und es nicht persönlich zu nehmen, sondern politisch zu nehmen, nämlich das ist hier unsere Aufgabe. Es wird also persönlich manchmal eine Herausforderung werden. Viele von uns, die schon länger in der Politik sind, kennen das. Man ist manches Mal sehr zerrissen zwischen dem wo es persönliche Nähe und Distanz oder sachliche Nähe und Distanz gibt und dann wirklich genau festzulegen und festzustellen, wo ist jetzt hier meine Rolle und wo ist hier meine Funktion und was bin ich als Mensch. Das muss in einen Einklang kommen und darf nicht im Widerspruch stehen, auch wenn es manchmal nach außen einfach Unterschiedliches erfordert.

Die Bevölkerung wird uns daran messen, ob jeder und jede in der eigenen Rolle gut ist. Ob wir es schaffen, in diesen verschiedenen Rollen und Funktionen klar aber respektvoll miteinander umzugehen. Wir, seitens der GRÜNEN sind dazu bereit. Dankeschön. *(Beifall bei den GRÜNEN)*

Präsidentin Verena Dunst: Danke Frau Abgeordnete. Als Nächster zu Wort gemeldet ist der Herr Landtagsabgeordnete Klubobmann Johann Tschürtz. Bitte.

Abgeordneter Johann Tschürtz (FPÖ): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Werte Damen und Herren Abgeordneten! 2015 gab es eine Landtagswahl, wo wir Freiheitlichen

mit dem Slogan „Heimvorteil für unser Burgenland“ in die Wahl gezogen sind als soziale Heimatpartei. Dieser Slogan hat sich bewährt.

Das heißt, wir haben damals sechs Prozent dazu gewonnen, sind dann in die Landesregierung gekommen und haben versucht, natürlich auch in der Landesregierung diese soziale Komponente hervor zu streichen und natürlich auch mitzuwirken, damit der Heimvorteil für das Burgenland auch erkennbar ist.

Es hat jetzt diese Wahl gegeben. Der große Koalitionspartner hat die Ernte eingefahren. Wir haben halt nicht so stark geerntet, aber trotzdem bleibt die Freiheitliche Partei die soziale Heimatpartei.

Es war ein persönliches Zusammenarbeiten, wo es keine Untergriffe gegeben hat. Wir haben versucht, gemeinsam für unser Burgenland das Bestmögliche weiter zu bringen. Die Bevölkerung hat sich in der Regierung auf uns verlassen können und jetzt wird sich die Bevölkerung auch auf uns verlassen können in der Opposition. Wir werden hart und konsequent den Heimvorteil für unsere Burgenländer herausarbeiten und unermüdlich für entsprechende Umsetzungen kämpfen. Kantig, stilvoll, aber ohne persönliche Untergriffe. Das war das, was mich immer sehr gestört hat, als von dieser Liste eigentlich nur Schimpftiraden hier am Rednerpult zu hören waren und das jede Landtagssitzung und immer zum gleichen Thema, immer die gleichen Schimpftiraden.

Ich glaube, dass der Landtag sich das verdient hat, dass man nicht schimpft, sondern dass man kantig und stilvoll miteinander umgeht. Man kann durchaus etwas negativ bewerten oder positiv bewerten. Das muss die Demokratie aushalten.

Im Bereich der Sicherheit haben wir enorm viel bewegt. Von der Asylobergrenze, wo man das gar nicht geglaubt hat, dass man das überhaupt in einem Land umsetzen kann, bis hin zur Grenzsicherung, der Modernisierung der Feuerwehr, der Modernisierung der Einsatzorganisationen, das eigene Sicherheitsressort, das eingeführt wurde. Da ist einiges weitergegangen.

Leider Gottes wird dieses Sicherheitsressort jetzt zerstückelt. Das heißt, es wird in jedem Bereich, bei jedem Landesrat oder bei jeder Landesrätin ein Teil angesiedelt und somit gibt es dieses Sicherheitsressort mit allen Blaulichtorganisationen die es gegeben hat, nicht mehr. Wir haben damals mit dem Innenministerium eine Koordination und Zusammenarbeit mit dem neuen Projektsicherheitspartner damals schon schriftlich festgelegt. Wo hätte dieses Projekt hingehen sollen oder wie war es geplant?

Ein Ausbau der Sicherheitspartner neu als soziale Sicherheitspartner war geplant. Das heißt, durch die Steigerung der sozialen Komponente plus der Möglichkeit, nebenberuflich für Pensionisten, ähnlich wie das Sicherheitsmodell „Sicherheitswacht“ in Bayern, hätten wir oder wollten wir diese Sicherheitspartner, diese sozialen Sicherheitspartner, so ausbauen, dass auch jeder Burgenländer Zugriff hat, jeder Burgenländer, jede Burgenländerin, den sozialen Bereich auch in Anspruch nehmen kann.

Da hätte es natürlich eine Zusammenarbeit geben müssen mit den Fachhochschulen und so weiter und so fort, wo man gesagt hätte, wo soll das hingehen? Wo hat die Bevölkerung den meisten Mehrwert? Es wären zirka 40 oder 50 Arbeitsplätze pro Bezirk entstanden. Das wird es natürlich auch nicht mehr geben.

Da hat man damals auch diese Kosten bekrittelt. Das heißt, diese Kosten, die angefallen sind für diejenigen, die sozusagen Langzeitarbeitslose waren und dann in den Sicherheitspartner inkludiert wurden, das hat genauso viel ausgemacht als sie damals beim AMS verdient hätten.

Wir werden als soziale Heimatpartei nicht nur den Bereich "Sicherheit, Tourismus und Wirtschaft", wo der damalige Landesrat Alexander Petschnig zuständig war, sondern vor allem auch den sozialen Heimvorteil, und das habe ich schon erwähnt, für unsere Bevölkerung in den Vordergrund stellen. Landeshauptmann Doskozil hat jetzt einige Dinge angesprochen.

Er hat auch gesagt, wahrscheinlich werden einige jetzt sagen, das haben wir auch vorgehabt, aber ich habe am Montag schon eine Pressekonferenz abgehalten mit dem Programm, wo wir zukünftig den Heimvorteil für unser Burgenland herausarbeiten wollen.

Die Eckpunkte unseres zukünftigen Programmes aus freiheitlicher Sicht waren auf jeden Fall einmal an erster Stelle ein Mietsenkungsprogramm. Das war definitiv, wurde auch von mir so präsentiert schon am Montag, weil wir natürlich der Meinung sind, und das ist definitiv so, dass die vielen Rücklagen in den Genossenschaften, es gibt ja nicht nur eine Rücklage, sondern in den Genossenschaften gibt es ja mehr Rücklagenvarianten zum Ankauf von Grundstücken und so weiter und so fort, die immer natürlich aufgestockt werden und massiv aufgestockt werden. Wir wollen, dass natürlich auch den Mietern etwas zurückgegeben wird und dass die Mieten wesentlich gesenkt werden.

Wir wollen, und das passt gleich hinzu, wir wollen natürlich auch im Bereich der Armutsbekämpfung ein neues Berechnungsmodell im Bereich der Wohnbeihilfe. Das ist nämlich insofern sehr wichtig, weil die Armut hauptsächlich darin besteht, indem man sich das Wohnen nicht mehr leisten kann und sozusagen weniger Geld für Essen zur Verfügung hat.

Es ist so, dass im Burgenland 30.000 Menschen armutsgefährdet sind! 30.000 - und davon sind, man glaubt es gar nicht, 9.000 Kinder, die armutsgefährdet sind. Das heißt, das ist jetzt nicht so, dass die auf der Straße schlafen, sondern hier besteht schon eine Armutgefährdung. Es hat damals auch diesbezüglich entsprechende Unterlagen gegeben. Ich glaube, dass sie damals von der Fachhochschule auch versendet wurden und wo man die Geschichte wirklich ernst nehmen muss. 18.000 Menschen im Burgenland leben in akuter Armut. Das ist gar nicht so wenig - 18.000!

Daher muss man hier natürlich daran trachten, dass man auch hier ein neues System, ein neues Modell im Bereich der Wohnbeihilfe sozusagen entwickelt. Es kann nicht so sein, wenn sich jemand in der Mindestsicherung befindet, dass ich dann sagen kann "du bist eh in der Mindestsicherung, du bekommst keine Wohnbeihilfe mehr, weil die dort schon inkludiert ist".

Was hat das für einen Sinn? Und es ist wirklich so. Ich habe sehr, sehr viele Zuschriften bekommen auch diesbezüglich, wo man - und Euch wird das allen genauso gehen, jedem Abgeordneten wird das so gehen - dass er immer wieder von irgendjemanden eine Zuschrift bekommt: "Ich kann mir das Wohnen nicht mehr leisten. Ich habe einen Mietrückstand. Was soll ich tun?"

Das heißt, der Bereich Wohnbeihilfe, und lieber Landesrat Heinrich Dörner, vielleicht kannst Du das auch mitberücksichtigen, im Bereich der Wohnbeihilfe braucht es ein neues Berechnungsmodell, wo wirklich ein Armutsbekämpfungsprogramm inkludiert ist und dahintersteckt.

Wir wollen natürlich auch - und das haben wir Freiheitlichen schon vor der Wahl 2015 mittels Anträge mehrmals eingebracht - eine Pflegelehre im Burgenland. Das heißt, es sollte auch die Möglichkeit geben, eine Pflege einzurichten. Warum auch nicht? Es ist ja nicht so, dass man heute sagt: "Naja und die Jungen können noch nicht pflegen". Das stimmt nicht, denn es gibt ja auch den Zivildienst wo unsere Jungen und sogar die

männlichen Mitarbeiter im Zivildienst tätig sind. Das heißt das ist natürlich alles möglich. Man muss es nur wollen.

Und es ist auch die Transparenz angesprochen worden. Die Transparenz ist richtig und wichtig. Ich glaube aber auch, dass die Transparenz auch im Förderbereich anders aussehen muss. Es soll keine Doppelförderungen mehr geben. Der Transparenzbereich zum Beispiel im Bereich der Bedarfszuweisungen, weil das heute angesprochen wird, könnte ein sehr wichtiger Bereich sein. Dass man auch sieht, warum bekommt eine Gemeinde so und so viel Bedarfszuweisung? Warum?

Das heißt, dass nicht einfach willkürlich vergeben wird, sondern dass das transparent dargestellt wird. Wo sind die Bedarfszuweisungen hingegangen und wie wurden sie natürlich dann auch verwendet?

Was uns natürlich besonders Kopfzerbrechen macht ist die Situation rund um die 1.700 Euro Mindestlohn. Das wurde heute schon einige Male angesprochen und da gibt es natürlich auch die Möglichkeit im Burgenland unseren Müttern einen Mindestlohn zukommen zu lassen. Viele sagen, na wie soll das gehen, dass eine Mutter 1.700 Euro Mindestlohn bekommt?

Ich sage, oder wir sagen, wenn jemand ein Kind bekommt und bei dem Kind 24 Stunden ist, dann soll diese Mutter genauso 10 Euro in der Stunde bekommen wie auch eine Bedienerin, die natürlich auch eine Arbeit leistet. Warum ist die Arbeit der Kinderbetreuung weniger wert als eine Arbeit bei einem Bediensteten oder auch bei Bedienerinnen und so weiter und so fort? Das heißt, das muss man sich wirklich überlegen, das muss man durchrechnen.

Es gibt ja Beispiele wo ich mir denke, da muss man ja als soziale Heimatpartei wirklich nachdenken. Es gibt die Möglichkeit des einkommensbezogenen Kindergeldes, wo man ein Jahr lang 80 Prozent des letzten Einkommens bezieht. Das heißt, wenn jetzt eine Frau 3.000 oder 5.000 oder 2.500 Euro bekommen hat, bekommt sie 80 Prozent des Kindergeldes. Ich kann mir nicht vorstellen, dass dieses Kind von einer Dame die mehr Einkommen hat, mehr wert ist, als ein Kind von einer Frau, die weniger Einkommen hat. Da muss man sich überlegen, ob man nicht vom Land hier natürlich auch diese 1.700 Euro netto auch zur Umsetzung bringt.

Es muss uns das wert sein, für unsere Mütter, die zu Hause bleiben mindestens ein Jahr, so wie das einkommensbezogene Kindergeld, dass man hier auch Prioritäten setzt und sagt, du bist uns genau so viel wert.

Du musst 24 Stunden bei deinem Kind sein. Wir zahlen dir auch 10 Euro und das sind nicht 10 Euro dann, sondern wenn man das mal 24 rechnen würde, dann kann man sich einmal vorstellen, wie viel das wäre. Wir müssen wieder mehr Vertrauen in unsere Mütter geben. Wir müssen auch mehr Vertrauen darin geben, dass wir sagen, die Kinderbetreuung ist wichtig und die Kinder sind diejenigen, die zukünftig natürlich auch unseren Lebensstandard halten.

Wenn wir keine Kinder haben, haben wir keine Kinder, auch wenn es manchmal, wie der Frau Abgeordneten, nicht recht ist. Trotzdem muss man darüber diskutieren können. Man muss diese Diskussion auch führen. Oder man sagt, ist uns eh wurscht. Ist uns völlig egal. Oder man führt die Diskussion, auch wenn es vielleicht pro und kontra gibt. Das verstehe ich ja auch. Das soll auch so sein, ist auch in Ordnung. Aber ich glaube, hier sollte man auch nachdenken.

Wir haben natürlich im Bereich der Feuerwehr, und da wird der Heinrich Dorner natürlich jetzt darangehen, natürlich auch das Landesfeuerwehrkommando neu zu bauen

oder zu sanieren. Auch dort haben wir einen Anerkennungsbeitrag eingeführt für die Helfer von morgen. Für Jungfeuerwehrmitglieder oder für Jungmitglieder beim Roten Kreuz.

Wir haben dieses Rescue Kids-Programm eingeführt. Das heißt, wo jeder der sich in der Feuerwehr aktiv engagiert als Jungfeuerwehrmann oder Jungfeuerwehfrau auch die Möglichkeit hat, hier einen Anerkennungsbeitrag zu bekommen. Da haben wir mit dem Familypark ausgemacht, dass es hier einen kostenlosen Eintritt gibt.

Es hat einen zweimaligen Effekt und zwar man spürt wirklich die Anerkennung und wir hätten auch geplant gehabt, dieses Programm weiter auszubauen. Im Bereich der Volksbefragungen haben wir auch natürlich immer wieder in der Regierungszeit gesagt, wir brauchen mehr Volksbefragungen. Das war leider Gottes mit dem Koalitionspartner damals nicht möglich. Das war definitiv nicht möglich.

Das wollten wir immer und wir wollen natürlich auch, jetzt diese Anträge anhand einer Klubklausur ausarbeiten. Wir werden sie natürlich auch jeder Fraktion zukommen lassen und man wird sehen, wo man sich treffen kann. Ich glaube, dass der Heimvorteil für unser Burgenland wichtig ist, dass der Bereich Sicherheit für unser Burgenland wichtig ist und in Wahrheit sind wir Freiheitlichen die einzige Oppositionspartei. Schwarz-GRÜN gibt es im Bund, im Land gibt es die Alleinherrschaft. Das ist einfach so!

Das heißt, wir sind die einzige Oppositionspartei und wir werden natürlich zukünftig auch als einzige Oppositionspartei aber nochmal kantig und stilvoll und nicht unter der Gürtellinie unser Programm natürlich präsentieren.

Abschließend noch kurz zum Verkehr, das wird wahrscheinlich jetzt der grünen Fraktion nicht so recht sein. Wir glauben, dass wenn die S31 und die S4 weiter ausgebaut werden auf Autobahnebene, dann soll es natürlich dort auch die Möglichkeit geben, 130 km/h zu fahren. Es stört niemanden, wenn man derzeit von Eisenstadt nach Mattersburg auf der Autobahn 130 km/h fährt.

Niemanden stört das und ich glaube auch, dass wir das Thema sehr geradlinig angehen sollten, wenn die S31 und die S4 zur Autobahn ausgebaut werden. Dann, glaube ich, sollte es auch niemanden stören, dass man dort auch 130 km/h fahren kann. Auch das werden wir mittels Anträgen einbringen.

Ja und, wie gesagt, wir sehen dieser Oppositionsarbeit sehr nüchtern entgegen. Abschließend, wir wollen definitiv kantig, stilvoll mit Euch arbeiten und ohne schimpfen und ohne unter der Gürtellinie zu agieren. *(Beifall bei der FPÖ)*

Präsidentin Verena Dunst: Danke Herr Abgeordneter. Als Nächster ist zu Wort gemeldet der Herr Landtagsabgeordnete Klubobmann Markus Ullram.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Markus Ullram (ÖVP): Sehr geschätzte Frau Präsidentin! Hohes Haus! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Ein Wahlergebnis ist zu respektieren und zur Kenntnis zu nehmen. Eine jede Wahl bringt ein Ergebnis und bei der letzten Wahl, weil wir das natürlich auch als Demokraten anerkennen, haben wir auch gezeigt, dass wir auch die Landesregierung und den Landeshauptmann mitgewählt haben.

Soll aber nicht heißen, dass es Vorschusslorbeeren sind, sondern dass wir das Wahlergebnis anerkennen. Wir als Volkspartei wollen eine kantige Oppositionspolitik machen aber trotzdem konstruktiv wo wir glauben, dass es notwendig und richtig ist in den einzelnen Sachbereichen, wie auch in der Vergangenheit, dass wir uns einbringen und unseren Beitrag dazu leisten.

Wie zum Beispiel auch zuletzt in der Wohnbauförderung wo wir gesagt haben, ja es kann immer mehr sein. Wir hätten auch noch mehrere Ideen gehabt, haben aber das Maximum aus den Verhandlungen herausgeholt. Wenn wir heute hören, dass es auch dort Änderungen geben soll, eine Ökologisierung und so weiter, dann soll uns das Recht sein. Schauen wir uns den Inhalt genauer an.

Aber die Kontrolle wird natürlich auch im Vordergrund stehen, weil wenn man sich nur die letzte Periode anschaut, und ich war selbst Mitglied des Rechnungshofausschusses und der Herr Direktor ist ja auch heute bei dieser Regierungserklärung zugegen, so ist es einerseits wünschenswert und unserer Forderung nur gerecht zu werden, dass wir sagen, die Kontrollrechte müssen ausgeweitet werden in den Landesbetrieben.

Ob das in der KRAGES, in der Holding oder in anderen Bereichen ist, weil die Vergangenheit hat auch gezeigt, wo einfach vertuscht worden ist. Ob das im Bereich des Intendanten in Mörbisch war, ob das der Schnedl-Vergleich war, ob das in der KRAGES insgesamt der Bericht des Landes-Rechnungshofes war, ob das die Nominierung von Persönlichkeiten, damalige Büroleiterin das Alt-Landeshauptmannes in den Landesverwaltungsgerichtshof zu hieven, und so weiter und so fort, wo aufgrund des medialen Drucks dann Einstellungen passiert sind und Änderungen passiert sind.

Wir als Volkspartei wollen der Anwalt der Burgenländerinnen und Burgenländer sein und bei dieser Alleinregierung wird das höchst auch notwendig sein.

Aber auch, wie wir heute gehört haben, wenn es Änderungen in Gemeinden gibt. Ich war jetzt ein bisschen überrascht, dass weder ein Stick noch ein ausgedrucktes Programm auf den Plätzen der Abgeordneten liegt. Wir haben jetzt versucht das kurzfristig einmal auszudrucken und anzuschauen. 140 Seiten wird man in dieser kurzen Zeit nicht bewältigen können.

Aber dass es eine starke Stimme hier in diesem Landtag braucht, als Schutzschild und als Anwalt für diese Gemeinden, zeigt die Seite 56, glaube ich, alleine schon, wo mit einem Absatz dort drinnen steht: „die Personalhoheit in Zukunft will das Land über das Kindergartenpersonal haben“. Ich weiß nicht, ob die Abgeordnetenkollegen und die Bürgermeisterkollegen der SPÖ das auch schon gelesen haben, aber diese Untergrabung, diese Unterwanderung der Gemeindeautonomie, ja das kann es doch wohl nicht sein, dass ich heute sukzessive versuche, einen Abbau der Gemeindeautonomie zu betreiben.

Zuletzt haben wir das gehabt, wo wir das finanziell spüren werden im Bereich der Sozialhilfe, wo mit einem Federstrich das Gesetz geändert worden ist, wo die Gemeinden jetzt 50 Prozent einmal überall mitzahlen müssen. Und jetzt will man sich auch nach dem Kinderbildungs- und -betreuungsgesetz, wo möglicherweise auch in manchen Gemeinden eine wesentliche Mehrbelastung da ist, auch das Personal sich krallen. Also dem kann man mal nur eine Absage erteilen!

Da wollen wir sichergestellt haben, wir als Volkspartei, dass unseren Gemeinden, allen Gemeinden über Parteigrenzen hinweg, die Personalhoheit aber vor allem die Gemeindeautonomie erhalten bleiben, meine sehr geschätzten Damen und Herren.
(Beifall bei der ÖVP)

Wenn eine Bedarfszuweisung neu gedacht werden soll, dann ist das nur richtig. Wir haben das immer eingefordert. Ich habe noch eine Beantwortung einer schriftlichen Anfrage aus dem Jahr 2013, wo noch eine Aufgliederung war, wo jede Gemeinde draufgestanden ist, wie viel Bedarfszuweisungen jede Gemeinde bekommen hat. Seit

2015 kriegt man so etwas nicht mehr. Also ein großes gehütetes Geheimnis, welche Gemeinde wie viel Bedarfsmittel kriegt. Wenn da eine neue Denkungsweise jetzt kommt, dann soll es uns Recht sein. Aber auch hier werden wir in den einzelnen Bereichen genau schauen.

Wenn der Herr Landeshauptmann heute eine Regierungserklärung abgibt in den einzelnen Bereichen, so habe ich etwas mit Verwunderung festgestellt, dass wir viele Bereiche schon gekannt haben. Ob das im Bereich der Landwirtschaft ist, eine Bio-Offensive, das kennen wir schon seit ein paar Jahren. Eine Vernetzung zwischen Betrieben und dem Endverbraucher, das haben wir auch schon sehr viele Jahre.

Die sogenannte Direktvermarktung haben wir ja schon seit relativ langer Zeit, die gut funktioniert, die sicher ausbaufähig noch ist, die man natürlich unterstützen soll und muss, damit das noch besser wird. Aber wir stehen für die Regionalität. Wir als Volkspartei haben das immer unterstrichen und betont, wir wollen kein Ausdividieren haben zwischen bio und konventionell.

Ich stelle mit einerseits Verwunderung, aber trotzdem sehr positiv fest, dass man von dem Wording „nur mehr bio“, jetzt auf einmal auf „Regionalität“ umgeschwenkt ist. Ich glaube, das soll auch der burgenländische Weg sein. Wir brauchen Regionalität, wir brauchen bio und wir brauchen Konventionelles.

Wenn ich heute hergehe und mir die Lage ansehe, dass im Biobereich die Silos, die Lager, voll sind, der Preisverfall von 25 Prozent derzeit zugegen ist, so kann ich nicht auf eine Karte setzen, so muss ich die Breite suchen und vor allem die Regionalität. Ich glaube, das wird auch der Endkonsument und das werden sich auch die Burgenländerinnen und Burgenländer von uns erwarten. *(Beifall bei der ÖVP)*

Wenn angesprochen worden ist der Bereich der Wirtschaft, Handwerkerbonus weiterführen und so weiter, so sehen wir dem natürlich sehr positiv entgegen. Wir haben ja auch dazu nicht nur mitgestimmt, sondern einen eigenen Eintrag auch eingebracht. Wenn die Wirtschaftskammer den Selbstbehalt übernehmen soll, so fehlt mir noch momentan die Idee, wie das rechtlich und gesetzlich umgesetzt werden soll. Da habe ich derzeit keinen Plan wie das gehen soll.

Das habe ich heute auch in der Regierungserklärung nicht vernommen, weil ja eigentlich Schlagworte präsentiert worden sind. Aber wenn man sich den Bereich der Wirtschaftsförderung der letzten Jahre anschaut, dass Großkonzerne gefördert worden sind mit einem kurzweiligen Dasein von fünf, sechs, sieben, acht, zehn Jahren, die mit vielen Millionen gefördert worden sind, dann abgezogen sind, abgesehen, dass die großen Arbeitsplätze nicht gekommen sind, und wenn sie da waren, hauptsächlich nur von Ausländern besetzt worden sind, das soll nicht und kann nicht der burgenländische Weg sein.

Sondern da wollen wir wissen, dass diese Förderung auf die Klein- und Mittelbetriebe ausgerichtet ist, dass diese direkt etwas davon haben und dass die Arbeitsplätze, wenn sie geschaffen werden, auch vom eigenen Personen, sprich von Burgenländerinnen und Burgenländern auch besetzt werden sollen.

Zum Thema Mindestlohn in diesem Bereich auch eine klare Meinung und die haben wir auch in der Vergangenheit schon mitgeteilt. Wenn ich heute mit einem Federstrich alle über einen Kamm schere und ein jeder kriegt nur mehr das Gleiche, ob mit großer Ausbildung, mit viel Ausbildung oder mit wenig Ausbildung, so stimmt es mich auch in der jüngsten Vergangenheit schon sehr traurig, wie man an diese Dinge herangeht.

Einheitslohn, Mindestlohn, wenn gerade vom Muttergeld gesprochen worden ist, 24-Stunden-Betreuung, dann wären das aber brutto zehn Euro, so wie auch in der jüngsten Vergangenheit einmal brutto und einmal netto gesagt worden ist. Dann lese ich in der letzten Ausgabe einer Regionalzeitung ein Inserat der Landesgesellschaft, der größten Krankengesellschaft des Burgenlandes, der KRAGES, eine Ausschreibung für eine Position die zur Besetzung gelangen soll im Krankenhaus Kittsee. Ein Radiologietechnologe mit einem Bruttolohn von 3.005 Euro wird gesucht. Ein Mindestlohn von 2.450 Euro und ein Techniker für Radiologie bekommt 3.000 Euro, da gibt es noch viele weitere Beispiele.

In einer Gemeinde im Bezirk Neusiedl am See ist eine Kindergartenleitung ausgeschrieben worden mit 2.550 Euro brutto und gleichzeitig haben wir den Mindestlohn für jede andere Art der Anstellung von 2.450 Euro. Dass, was Sie den Menschen nicht gesagt haben ist einfach, dass nicht alle anderen auch angepasst werden, sondern die bleiben gleich wo sie sind, nur die, die neu einsteigen in das System, bekommen diesen Mindestlohn.

Was bedeutet dieser Mindestlohn in der Wirtschaft? Man hat ganz einfach mit der Zeit dann einen massiven Wettbewerbsverlust. Wenn ich heute kolportierte Zahlen aufnehme, und, Herr Landeshauptmann, in Ihrer Regierungserklärung haben Sie die Kurbad Tatzmannsdorf AG erwähnt und die Therme Lutzmannsburg, wie das mit dem Mindestlohn ist, wenn der dort ausgerollt wird. In einem Interview haben Sie gesagt, die schreiben Gewinne.

Diese Gewinne kann man nehmen und kann man ganz einfach den Mindestlohn damit bezahlen. Für was machen heute Unternehmen mit Gewinnen? Dass sie Rücklagen schaffen, dass sie Investitionen in der Zukunft bewerkstelligen können, für das werden dann Rücklagen geschaffen und schließlich und endlich wird mit diesen Gewinnen so gearbeitet. Wenn diese nicht mehr da sind in landeseigenen Gesellschaften, in landesnahen Betrieben, dann stellt sich ganz einfach die Frage, wenn diese Gewinne nicht mehr da sind und diese Rücklagen nicht mehr geschaffen werden, wer zahlt dann die neue Rutsche in der Lutzmannsburger Therme?

Wer zahlt in der Kurbad AG die nächste Investition? Das Land! Und was heißt das Land? Wir alle gemeinsam zahlen dann wieder aus dem Steuertopf diese Investitionen und das kann nicht die burgenländische Wirtschaftspolitik sein, meine Damen und Herren! *(Beifall bei der ÖVP)*

Kolportierte Zahlen mit dem Mindestlohn! Wenn ich auf landesnahe Betriebe das ausweiten würde, dann würde das in der Kurbad AG 1,3 Millionen Euro pro Jahr heißen. Das würde das im AVITA eine Million heißen, wobei sie aber nur einen Gewinn zwischen 400.000 und 600.000 Euro schreiben. Also allein das geht sich schon nicht ganz aus. Da würde ich darauf schon drängen, und wir als Volkspartei drängen auch darauf, dass das nochmal neu gedacht wird.

Wir als Volkspartei stehen für die Entlastung der Menschen. Jeder hier in diesem Sitzungssaal möchte, dass jeder mehr Netto vom Brutto hat, aber nicht durch einen Mindestlohn, sondern durch eine qualifizierte Steuersenkung. Durch die Einkommenssteuersenkung bei den Betrieben, durch die Senkung der KöSt und das muss der österreichische und der burgenländische Weg sein, meine sehr geschätzten Damen und Herren! *(Beifall bei der ÖVP)*

Der Pflegebereich wurde etwas gestreift in der Darstellung heute, in der Regierungserklärung. Ich kann noch nicht beurteilen, was alles im Bereich der Pflege im Regierungsprogramm drinnen steht in dieser Zeit. Aber eine Zwangsgemeinnützigkeit

kann ebenfalls nicht der burgenländische Weg sein! Da wollen wir auch die Wahlfreiheit haben, damit sich die Betriebe auch entwickeln können.

Wir haben Vorzeigebetriebe. Gerade im Mittel- und Südburgenland haben wir einen Betrieb, einen Pflegebetrieb, der ist mustergültig in unserem Land. Und wenn der gezwungen wird, in Zukunft gemeinnützig zu sein, dann hinterfrage ich, ob das in weiterer Folge funktionieren kann. Wir sind das Land der kleinen Einheiten, meine sehr geschätzten Damen und Herren, im Burgenland und das wollen wir auch bleiben.

Wir wollen nicht das 60 Betten und mehr ein Pflegeheim ausmachen, sondern wir wollen die kleinen Einheiten behalten. Da kann ich Ihnen auch ein Beispiel mitbringen, wie zum Beispiel in Podersdorf am See, wo wir mit 32 Betten in einem Erdgeschoßbau eine tolle Einrichtung haben, die hervorragend funktioniert, ausgelastet ist und dieser Verein die sehr, sehr gut führt. Das sollte auch der Zukunftsweg sein.

Im Bereich der Pflegelehre, ja, das wäre ein gangbarer Weg, auch im Burgenland, damit wir auch Junge in den Pflegeberuf heranführen, damit sie in diesen Bereichen dementsprechend die Lehre beginnen.

Gesundheitsbereich: Ein großer und wichtiger Teil, den wir in den nächsten Jahren vorhaben. Ärztemangelbekämpfung: Die Causa der Barmherzigen Brüder wird möglicherweise auch noch den Rechnungshof beschäftigen, was mit der Klage derzeit ist, mit 36 Millionen, wo die Barmherzigen Brüder das Land Burgenland klagen.

Das heißt, unsere Partner des Landes klagen das Burgenland, klagen unser Heimatland. Das gehört, glaube ich, auch aufgeklärt, und das Gleiche passiert, was aufgeklärt gehört, wenn eine Ansage in einem Wahlkampf passiert, zwei Krankenhäuser zu bauen.

Das Oberwarter Krankenhaus wissen wir, da ist noch auf diesem Sessel neben diesem Rednerpult der Herr Landesrat Darabos gesessen, 160 Millionen hat er gesagt, sind in Stein gemeißelt, da fährt die Eisenbahn drüber. Jetzt sind wir bei 300 Millionen Euro, und dabei wollen wir in Gols ein zweites, neues Krankenhaus bauen.

Ja, auch wir als Volkspartei bekennen uns zu den Krankenhäusern. Wir wollen ebenfalls diesen Ausbau haben, aber es muss natürlich auch die Finanzierung sichergestellt sein, der zeitliche Horizont sichergestellt sein und die Finanzierung dementsprechend auch vorhanden sein.

Im Bereich der Mobilität und Digitalisierung ist die Vernetzung der kleinen Gemeinden mit den Hauptverkehrsadern und mit den Ballungszentren absolut notwendig. Ich hoffe, dass auch von unseren Ideen dementsprechend einiges aufgenommen wird. Im Bereich der Digitalisierung kann es ja nur das Ziel sein, im Burgenland, in der heutigen Zeit, im 21. Jahrhundert, dass jedes Haus im Burgenland einen Internetanschluss hat und dass nicht einer in die nächste Ortschaft fahren muss, weil er keine Verbindung hat.

Im Bereich der Transparenz, der angesprochen worden ist, wenn es hierzu neue Denkweisen gibt, zur Öffnung der Kontrollmöglichkeiten, dann wird das selbstverständlich begrüßt. Aber einen Rechenschaftsbericht am Ende des Jahres zu gestalten, wo drinnen steht, wie die Kollegin Petrik heute schon gesagt hat, wie gut und wie lieb wir sind im Burgenland und was wir nicht alles tun, dann mag das vielleicht auch ein guter Bericht sein, aber ein Transparenzbericht wäre äußerst notwendig.

Wie zum Beispiel in anderen Gemeinden das schon vorgezeigt wird, so wird ja auch das Land imstande sein, einen echten Transparenzbericht zu kreieren, wo steht, was mit dem Geld der Burgenländerinnen und Burgenländer passiert.

Und zuletzt darf ich die ausgestreckte Hand dieser Regierung aufnehmen, darf nochmal wiederholen, dass wir eine kantige Oppositionspolitik natürlich machen werden, aber dort mitmachen und dort mitarbeiten, wo wir glauben, dass wir unseren Beitrag leisten können und sollen, wo wir auch dazu eingeladen werden.

Einen Vorschlag darf ich, Frau Präsidentin, als Letztes unterbreiten. Dass wir, was die letzte rot-blaue Landesregierung eingeführt hat, den Regierungsproporz in Fachgremien haben, sprich in den Beiräten, wo jetzt ja eigentlich nach der jetzigen Gesetzeslage nur mehr SPÖ-Vertreter sitzen, das kann nicht unser Weg sein. Sondern wir fordern hier ein, dass es wieder auf die im Landtag vertretenen Parteien ausgeweitet wird, auf die Stärke hier in diesem Hause, und dass in diesen Fachbeiräten, vom Familienbeirat, Landwirtschaftsförderungsbeirat, Naturschutzbeirat, Raumplanungsbeirat, Rettungsbeirat, Landesseniorenbeirat, Sozialhilfebeirat, Landessportbeirat und Wohnbauförderungsbeirat, diese Verhältnismäßigkeit wiederhergestellt wird. Das wäre ein erstes Angebot, und wenn Sie es mit der ausgestreckten Hand ernst meinen, dann wäre das sehr rasch und bald umzusetzen. Herzlichen Dank. *(Beifall bei der ÖVP)*

Präsidentin Verena Dunst: Danke Herr Abgeordneter. Als Nächstes zu Wort gemeldet ist der Herr Landtagsabgeordnete, Klubobmann Robert Hergovich. Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Robert Hergovich (SPÖ): Vielen Dank Frau Präsidentin. Hohes Haus! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrter Herr Landeshauptmann! Gleich vorweg, Sie werden Ihrem Macherimage mit dieser Regierungserklärung einmal mehr gerecht, denn Sie versprechen nicht und kündigen nicht großartig an, sondern legen ein Regierungsprogramm vor, das seinesgleichen sucht.

Mit ganz klaren Zielen, mit ganz klaren Maßnahmen, die dazu führen, diese Ziele auch zu erreichen, und was überhaupt neu ist, mit ganz klaren Zeitabständen und Deadlines, wann man dieses Ziel auch erreichen kann. Das ist etwas völlig Neues. Ich gratuliere Ihnen sehr herzlich dazu. *(Beifall bei der SPÖ)*

Hohes Haus! Am 26. Jänner hat der oberste Souverän, also die Wählerinnen und Wähler des Burgenlandes entschieden. Sie haben Landeshauptmann Hans Peter Doskozil in seiner Funktion als Landeshauptmann bestätigt, und sie haben dafür gesorgt, dass die Sozialdemokratie über eine absolute Mandatsmehrheit im Burgenländischen Landtag verfügt.

Diese absolute Mandatsmehrheit im Burgenländischen Landtag bringt gleichzeitig eine absolute Verantwortung mit, und ich darf sagen, wir nehmen diese Verantwortung sehr ernst und stellen uns dieser Verantwortung sehr gerne. Aber ich betone, mit Respekt, mit Demut und vor allem mit Respekt vor der Aufgabe in den kommenden fünf Jahren. Das nehmen wir sehr ernst, und daher reichen wir ganz bewusst die Hand zur Zusammenarbeit.

Auch wenn Kollege Ulram bei seiner ersten Rede vielleicht etwas übertrainiert war, dieses Angebot das steht, wir wollen diese Zusammenarbeit wirklich leben. *(Beifall bei der SPÖ)*

Wir bieten Ihnen daher heute einen Burgenlanddeal an. Einen Deal, mit dem Ziel, die besten Ideen für unser Heimatland umzusetzen. Egal welche Partei diese Idee einbringt, wir sollten sie gemeinsam prüfen, wir sollten sie gemeinsam beurteilen, wir sollten auch die Finanzierung gemeinsam beurteilen und im Anschluss daran umsetzen, wenn es natürlich möglich ist. Das kann in vielen Bereichen sein. Im Bildungsbereich beispielsweise mit den GRÜNEN, im Sicherheitsbereich beispielsweise mit der

Freiheitlichen Partei oder auch im Wirtschaftsbereich beispielsweise mit der ÖVP. Wichtig ist nur, dass wir eine neue Art und neue Form der Politik hier leben, nämlich die beste Idee umsetzen zu wollen und nicht uns gegenseitig andauernd zu kritisieren.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Dieses Regierungsprogramm ist eine Art Navigationssystem in den kommenden fünf Jahren für uns. Und es ist auch die Grundlage zur gemeinsamen Arbeit.

Wenn der Mindestlohn, also 1.700 angesprochen wurde, dann bin ich sehr froh, dass sich ein sehr großes Kapitel mit diesem Rechenschaftsbericht auseinandersetzt. Denn der eine oder der andere hat ja gesagt, na, das ist eh nur ein Wahlkampfgegag der SPÖ. Nein, das ist es nicht, und das beweist auch dieses Regierungsprogramm, denn die Ausrollung der 1.700 Euro auf die Thermen, in den Pflegebereich und in Gemeinden ist vorgesehen.

Aber nicht nur das, sondern auch ein klares Signal an die Wirtschaft, auch faire Löhne zu zahlen. Denn alle Unternehmungen, die mit dem Land Burgenland Geschäfte machen, gutes Geld verdienen, die werden künftig auch bei Ausschreibungen ersucht, diese 1.700 zu bezahlen. Das ist wesentlich. Leistung soll sich lohnen, und wer hart und fleißig arbeitet, der soll auch diese zehn Euro pro Stunde verdienen. *(Beifall bei der SPÖ)*

Gleichzeitig, meine sehr geehrten Damen und Herren, gehen wir ganz bewusst der Wirtschaft entgegen und auf sie zu. Es wurde schon angesprochen, wir wollen 50 Prozent des Selbstbehaltes bei Arztbesuchen übernehmen, ein ganz klares Signal an die Wirtschaft, an die Klein- und Mittelbetriebe, an die Einzelunternehmungen.

Wir wollen darüber hinaus eine Fünfjahresgarantie für den Heimwerkerbonus abgeben, und wir wollen auch eine neue Förderung für Start-ups einführen. Auch das ist etwas Neues, gezielt auch in Nord und Süd. Der Herr Landeshauptmann hat es auch schon erwähnt und skizziert, dass es auch hier neue Überlegungen geben wird.

Ein ganz wesentlicher Teil ist auch, dass wir jene Menschen nicht vergessen, denen es nicht so gut geht. Die sich vielleicht nicht alles leisten können, an Lebensmitteln beispielsweise. Und hier sieht das Regierungsprogramm ebenfalls vor, dass in jedem Bezirk ein Sozialmarkt entstehen soll. Auch das ist ganz wesentlich und wichtig.

Die Kontrolle wurde heute einige Male schon angesprochen. Es gibt ein Transparenzpaket in diesem Bericht, und dieses Transparenzpaket sieht beispielsweise vor, die Anfrage der Abgeordneten, auch bei der Holding, oder beispielsweise der schon so oft zitierte Rechenschaftsbericht, der an jeden Haushalt gehen soll und sich jede Burgenländerin und jeder Burgenländer ein Bild machen kann, was wurde versprochen und was wurde gehalten. Und das jedes Jahr. Eine völlig neue Form der Politik, eine völlig neue Form der Transparenz.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich glaube, unser Heimatland Burgenland verdient es, dass wir gemeinsam am weiteren Aufstieg arbeiten. Wir reichen ganz bewusst die Hand, obwohl mir völlig klar ist, dass wir unterschiedliche Parteien sind und auch manchmal bei sachpolitischen Themen unterschiedlicher Meinung sind und dass es wahrscheinlich im Hohen Haus doch die eine oder die andere emotionale Diskussion geben wird.

Aber bei jeglichem politischen Diskurs, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, sollten wir nicht vergessen, warum wir gewählt sind, nämlich um den Burgenländerinnen und Burgenländern, um den Menschen zu dienen, um das Burgenland weiter voranzutreiben.

Wir reichen Ihnen die Hand, wir wollen das machen, wir laden Sie ein. Alles Gute für die Zukunft! (*Beifall bei der SPÖ*)

Präsidentin Verena Dunst: Danke Herr Abgeordneter. Ich sehe, dass keine weiteren Wortmeldungen mehr vorliegen. Wir sind damit am Schluss der Debatte über die Regierungserklärung angelangt.

2. Punkt: Wahl des Hauptausschusses, des Ausschusses für europäische Integration und grenzüberschreitende Zusammenarbeit und der übrigen ständigen Ausschüsse

Präsidentin Verena Dunst: Meine Damen und Herren! Wir kommen damit zum 2. Punkt der Tagesordnung. Dieser betrifft die Wahl des Hauptausschusses, des Ausschusses für europäische Integration und grenzüberschreitende Zusammenarbeit und der weiteren ständigen Ausschüsse.

Hohes Haus! Zur Vorberatung der Verhandlungsgegenstände hat der Landtag gemäß § 38 der Geschäftsordnung des Burgenländischen Landtages Ausschüsse zu bilden.

Gemäß Artikel 42a der Landesverfassung in Verbindung mit § 50a der Geschäftsordnung des Burgenländischen Landtages hat der Landtag zwingend einen Hauptausschuss zu bilden, der aus einem Obmann, einem Obmann-Stellvertreter und der vom Landtag zu bestimmenden Zahl von weiteren Mitgliedern besteht, die jedoch sieben nicht übersteigen darf.

Alle Mitglieder des Hauptausschusses werden vom Landtag aus seiner Mitte nach dem Grundsatz der Verhältniswahl gewählt, wobei jedoch unter Bedachtnahme auf diesen Grundsatz dem Hauptausschuss mindestens ein Mitglied jeder im Landtag vertretenen Partei angehören muss. Auch ist für jedes Mitglied ein Ersatzmitglied zu wählen.

Ich schlage daher dem Hohen Landtag vor, der Landtag wolle die Zahl der weiteren Mitglieder des Hauptausschusses mit sieben bestimmen, sodass der Hauptausschuss einschließlich des Obmannes und des Obmann-Stellvertreters aus insgesamt neun Mitgliedern und neun Ersatzmitgliedern bestehen würde.

Darüber möchte ich jetzt abstimmen lassen, meine Damen und Herren. In der Präsidiale ist es bereits, in der erweiterten Präsidiale, vorbesprochen worden, trotzdem ist es mir wichtig, hier diesen Beschluss zu fassen.

Ich lasse daher abstimmen darüber und ersuche jene Damen und Herren Abgeordneten, die diesem Vorschlag zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben.-

Danke. Der Landtag hat somit einstimmig beschlossen, die Zahl der weiteren Mitglieder im Hauptausschuss mit sieben festzusetzen.

Meine Damen und Herren! In Entsprechung der Bestimmung des Artikel 42a Absatz 2 der Burgenländischen Landesverfassung gehören von den insgesamt neun Mitgliedern und Ersatzmitgliedern des Hauptausschusses nach dem Grundsatz der Verhältniswahl fünf Mitglieder und fünf Ersatzmitglieder der SPÖ, zwei Mitglieder und zwei Ersatzmitglieder der ÖVP, ein Mitglied beziehungsweise Ersatzmitglied der FPÖ und ein Mitglied wie auch ein Ersatzmitglied den GRÜNEN an.

Hohes Haus! Des Weiteren schlage ich vor, neben dem Hauptausschuss noch weitere neun Ausschüsse zu bilden, und zwar

- einen Agrarausschuss,

- einen Ausschuss für europäische Integration und grenzüberschreitende Zusammenarbeit,
- einen Finanz-, Budget- und Haushaltsausschuss,
- einen Immunitäts- und Unvereinbarkeitsausschuss,
- einen Petitionsausschuss,
- einen Rechtsausschuss,
- einen Sozialausschuss,
- einen Umweltausschuss wie auch
- einen Wirtschaftsausschuss.

In diesem Zusammenhang möchte ich darauf hinweisen, dass die Bildung eines Ausschusses für europäische Integration und grenzüberschreitende Zusammenarbeit bereits im Artikel 42b der Burgenländischen Landesverfassung vorgesehen ist.

Außerdem wird die Bildung eines Unvereinbarkeitsausschusses im Burgenländischen Unvereinbarkeitsgesetz bestimmt; die Bildung eines Immunitätsausschusses ist zudem in § 51 der Geschäftsordnung des Burgenländischen Landtages vorgesehen.

Hinsichtlich der Zahl der Ausschussmitglieder schlage ich vor, diese - mit Ausnahme des Ausschusses für europäische Integration und grenzüberschreitende Zusammenarbeit - mit jeweils acht festzulegen.

Bezüglich des Ausschusses für europäische Integration und grenzüberschreitende Zusammenarbeit, in welchem gemäß Artikel 42a Absatz 2 der Landesverfassung jeder im Landtag vertretenen Partei zumindest ein Mitglied zukommen muss, schlage ich vor, die Zahl der Mitglieder und Ersatzmitglieder mit jeweils neun festzulegen.

Nunmehr würde ich gerne über diesen Vorschlag abstimmen lassen. Ich lasse daher über meinen Vorschlag, neben dem Hauptausschuss noch weitere neun Ausschüsse zu bilden, die Zahl der Mitglieder und Ersatzmitglieder dieser Ausschüsse - mit Ausnahme des Ausschusses für europäische Integration und grenzüberschreitende Zusammenarbeit - mit jeweils acht und die Zahl der Mitglieder und Ersatzmitglieder des Ausschusses für europäische Integration und grenzüberschreitende Zusammenarbeit mit jeweils neun festzulegen, abzustimmen.

Ich darf Sie daher, Hoher Landtag, ersuchen, jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die mit diesem Vorschlag einverstanden sind, sich von den Plätzen zu erheben. -

Der Vorschlag ist somit einstimmig angenommen.

Dem Ausschuss für europäische Integration und grenzüberschreitende Zusammenarbeit gehören nach dem Grundsatz der Verhältniswahl fünf Mitglieder und fünf Ersatzmitglieder der SPÖ, zwei Mitglieder und zwei Ersatzmitglieder der ÖVP, ein Mitglied und Ersatzmitglied der FPÖ und ein Mitglied und Ersatzmitglied den GRÜNEN an.

Bei den übrigen ständigen Ausschüssen gehören nach dem Grundsatz der Verhältniswahl fünf Mitglieder beziehungsweise Ersatzmitglieder der SPÖ, zwei Mitglieder beziehungsweise Ersatzmitglieder der ÖVP und ein Mitglied beziehungsweise Ersatzmitglied der FPÖ an.

Entsprechend den Bestimmungen des § 38 Absatz 2 der Geschäftsordnung des Burgenländischen Landtages, wonach die Zuteilung der auf jede Partei entfallenden Anzahl von Obmännern, ihrer Stellvertreter, Schriftführer sowie der Mitglieder durch den Präsidenten des Landtages mittels der Wahlzahl erfolgt, stellt die SPÖ in sechs Ausschüssen, die ÖVP in vier Ausschüssen und die FPÖ in einem Ausschuss den Obmann. Selbiges gilt für die Zahl der Obmann-Stellvertreter sowie Schriftführer.

Wir kommen nun, meine Damen und Herren Abgeordneten, zur Wahl der Mitglieder und Ersatzmitglieder des Hauptausschusses sowie der übrigen ständigen Ausschüsse.

Die Wahl in die Ausschüsse wird gemäß § 74 Absatz 4 der Geschäftsordnung des Burgenländischen Landtages fraktionell durchgeführt. Gemäß § 38 Absatz 3 der Geschäftsordnung des Burgenländischen Landtages sind die auf den Wahlvorschlägen genannten Bewerber und Bewerberinnen gewählt, wenn die Wahlvorschläge mehr als die Hälfte der Stimmen jener Parteien, die die Wahlvorschläge eingebracht haben, erhalten.

Alle Fraktionen haben gehörig unterstützte Wahlvorschläge eingebracht.

Daher schlage ich vor, diese Wahl in einem Wahlgang durchzuführen, wobei jede Partei für die von ihr vorgeschlagenen Mitglieder beziehungsweise Ersatzmitglieder einen Stimmzettel erhält - auch in der Präsidiale vorgeschlagen.

Trotzdem darf ich Sie um Ihr Ja oder Nein zu diesem Vorschlag, gleich in einer Wahl durchzuführen, sich von den Plätzen zu erheben, wer einverstanden ist. - Danke. Es erhebt sich dagegen kein Einwand. Einstimmig angenommen.

Wir kommen nun zur Wahlhandlung, und ich würde dazu die beiden Schriftführer, Schriftführerin benötigen. Zunächst darf ich Sie ersuchen, die Wahlurne zu überprüfen, damit wir mit Sicherheit davon ausgehen können, dass diese Wahlurne leer ist.

Eine Bitte an die Medienvertreter, -vertreterinnen: Ich darf Sie ersuchen, sowohl hier im Saal als auch auf der Galerie, während des Wahlvorganges nicht zu fotografieren oder zu filmen.

Ich darf nunmehr die Landtagsdirektion bitten, die Verteilung der Stimmzettel vorzunehmen. Es gibt verschiedene Wahlzettel, damit nichts passieren kann.

Präsidentin Verena Dunst (*nach Verteilung der Stimmzettel*): Die Stimmzettel sind nunmehr verteilt. Ich ersuche Frau Schriftführerin Julia Wagentristl um Verlesung der Namensliste.

Die Damen und Herren Landtagsabgeordneten ersuche ich, nach Aufruf ihres Namens den Stimmzettel in die Wahlurne zu legen.

Bitte Frau Schriftführerin.

(Über Namensaufruf durch Frau Landtagsabgeordnete DI Julia Wagentristl, BSc hinterlegen die Abgeordneten Bachmann Gerhard, Benkö Ilse, Böhm Elisabeth, Brandstätter Kilian, Mag. Dax Christian, Dunst Verena, Eckhardt Melanie, MSc, Fazekas Patrik, BA, Mag. Dr. Fürst Roland, Handig Gerald, Hergovich Robert, Hutter Gerhard, Kainrath Roman, Dipl.Päd. DI Laschober-Luif Carina, Mag. Maczek Kurt, Mezgolits Johannes, Molnár Géza, Mag.a Petrik Regina, MMag. Petschnig Alexander, Posch Dieter, Preiner Erwin, Prohaska Doris, Rosner Georg, Schlager Claudia, Ing. Schmid Thomas, Schneckner Ewald, Sodl Wolfgang, Spitzmüller Wolfgang, Mag. Steiner Thomas, Stenger Rita, BEd, Temmel Walter, Trummer Elisabeth, Tschürtz Johann, Ulram Markus, Mag. Wolf Christoph, M.A. und DI Wagentristl Julia, BSc selbst die Stimmzettel in die Wahlurne.)

Präsidentin Verena Dunst: Die Stimmenabgabe ist damit beendet. Ich darf nun die beiden Schriftführer die Stimmzählung vorzunehmen.

Es wurden 36 Stimmen abgegeben, 36 Stimmen sind gültig. 19 gültige Stimmen unterstützen den Wahlvorschlag der SPÖ, 11 gültige Stimmen unterstützen den Wahlvorschlag der ÖVP, 4 gültige Stimmen unterstützen den Wahlvorschlag der FPÖ und 2 gültige Stimmen unterstützen den Wahlvorschlag der GRÜNEN.

Meine Damen und Herren! Aufgrund dieser Wahl haben die Ausschüsse nun folgende Zusammensetzung:

Hauptausschuss

Mitglieder:

Verena DUNST
Wolfgang SODL
Doris PROHASKA
Mag. Christian DAX
Robert HERGOVICH
Markus ULRAM
Patrik FAZEKAS, BA
Ilse BENKÖ
Mag.a Regina PETRIK

Ersatzmitglieder:

Ewald SCHNECKER
Mag. Dr. Roland FÜRST
Mag. Kurt MACZEK
Kilian BRANDSTÄTTER
Claudia SCHLAGER
Georg ROSNER
Mag. Thomas STEINER
Johann TSCHÜRTZ
Wolfgang SPITZMÜLLER

Ausschuss für europäische Integration und grenzüberschreitende Zusammenarbeit

Mitglieder:

Robert HERGOVICH
Gerhard BACHMANN
Gerhard HUTTER
Doris PROHASKA
Mag. Christian DAX
Walter TEMMEL
Patrik FAZEKAS, BA
Géza MOLNÁR
Wolfgang SPITZMÜLLER

Ersatzmitglieder:

Ewald SCHNECKER
Verena DUNST
Wolfgang SODL
Erwin PREINER
Kilian BRANDSTÄTTER
DI Julia WAGENTRISTL, BSc
Melanie ECKHARDT, MSc
MMag. Alexander PETSCHNIG
Mag.a Regina PETRIK

Agrarausschuss

Mitglieder:

Wolfgang SODL
Erwin PREINER
Mag. Kurt MACZEK
Elisabeth TRUMMER
Gerhard BACHMANN
Dipl.Päd. DI Carina
LASCHOBEL-LUIF
Walter TEMMEL
MMag. Alexander PETSCHNIG

Ersatzmitglieder:

Rita STENGER, BEd
Claudia SCHLAGER
Robert HERGOVICH
Ing. Thomas SCHMID
Roman KAINRATH
DI Julia WAGENTRISTL, BSc

Johannes MEZGOLITS
Johann TSCHÜRTZ

Finanz-, Budget- und Haushaltsausschuss

Mitglieder:

Ewald SCHNECKER
Gerhard HUTTER
Dieter POSCH
Verena DUNST
Robert HERGOVICH
Mag. Christoph WOLF, M.A.
Georg ROSNER
MMag. Alexander PETSCHNIG

Ersatzmitglieder:

Wolfgang SODL
Elisabeth BÖHM
Mag. Kurt MACZEK
Doris PROHASKA
Claudia SCHLAGER
Patrik FAZEKAS, BA
Johannes MEZGOLITS
Johann TSCHÜRTZ

Immunitäts- und Unvereinbarkeitsausschuss

Mitglieder:

Doris PROHASKA
Roman KAINRATH
Mag. Christian DAX
Ewald SCHNECKER
Verena DUNST
Gerald HANDIG
Mag. Thomas STEINER
Johann TSCHÜRTZ

Ersatzmitglieder:

Mag. Dr. Roland FÜRST
Wolfgang SODL
Dieter POSCH
Erwin PREINER
Elisabeth BÖHM
Markus ULRAM
Mag. Christoph WOLF, M.A.
MMag. Alexander PETSCHNIG

Petitionsausschuss

Mitglieder:

Kilian BRANDSTÄTTER
Ing. Thomas SCHMID
Claudia SCHLAGER
Mag. Kurt MACZEK
Doris PROHASKA
DI Julia WAGENTRITSTL, BSc
Johannes MEZGOLITS
Johann TSCHÜRTZ

Ersatzmitglieder:

Gerhard BACHMANN
Rita STENGER, BEd
Elisabeth BÖHM
Verena DUNST
Elisabeth TRUMMER
Gerald HANDIG
Georg ROSNER
Géza MOLNÁR

Rechtsausschuss

Mitglieder:

Mag. Christian DAX
Robert HERGOVICH
Ewald SCHNECKER
Doris PROHASKA
Kilian BRANDSTÄTTER
Mag. Thomas STEINER
Markus ULRAM
Ilse BENKÖ

Ersatzmitglieder:

Mag. Dr. Roland FÜRST
Dieter POSCH
Mag. Kurt MACZEK
Elisabeth BÖHM
Wolfgang SODL
Patrik FAZEKAS, BA
Georg ROSNER
Johann TSCHÜRTZ

Sozialausschuss

Mitglieder:

Mag. Dr. Roland FÜRST
 Elisabeth TRUMMER
 Claudia SCHLAGER
 Elisabeth BÖHM
 Rita STENGER, BEd
 Johannes MEZGOLITS
 Georg ROSNER

Géza MOLNÁR

Ersatzmitglieder:

Kilian BRANDSTÄTTER
 Doris PROHASKA
 Gerhard BACHMANN
 Roman KAINRATH
 Gerhard HUTTER
 Markus ULRAM
 Dipl.Päd. DI Carina
 LASCHOBBER-LUIF
 Ilse BENKÖ

Umweltausschuss

Mitglieder:

Erwin PREINER
 Rita STENGER, BEd
 Wolfgang SODL
 Ing. Thomas SCHMID
 Kilian BRANDSTÄTTER
 Walter TEMMEL
 Dipl.Päd. DI Carina
 LASCHOBBER-LUIF
 Johann TSCHÜRTZ

Ersatzmitglieder:

Verena DUNST
 Gerhard BACHMANN
 Elisabeth TRUMMER
 Doris PROHASKA
 Gerhard HUTTER
 Melanie ECKHARDT, MSc
 DI Julia WAGENTRISTL, BSc
 MMag. Alexander PETSCHNIG

Wirtschaftsausschuss

Mitglieder:

Gerhard HUTTER
 Roman KAINRATH
 Elisabeth BÖHM
 Mag. Kurt MACZEK
 Dieter POSCH
 Melanie ECKHARDT, MSc
 Patrik FAZEKAS, BA
 MMag. Alexander PETSCHNIG

Ersatzmitglieder:

Mag. Christian DAX
 Wolfgang SODL
 Ing. Thomas SCHMID
 Claudia SCHLAGER
 Rita STENGER, BEd
 Mag. Christoph WOLF, M.A.
 Walter TEMMEL
 Johann TSCHÜRTZ

Soweit mein Bericht beziehungsweise die Bestätigung der gewählten Mitglieder aller Ausschüsse inklusive natürlich dem Hauptausschuss.

3. Punkt: Wahl in den Landes-Rechnungshofausschuss

Präsidentin Verena Dunst: Der 3. und zugleich letzte Punkt der Tagesordnung betrifft Wahlen in den Landes-Rechnungshofausschuss. Dies ist erforderlich, da die Landtagsabgeordneten Fazekas, Steiner, Ulram und Handig ihr Mandat im Landes-Rechnungshofausschuss zurückgelegt haben. Zugleich hat die ÖVP-Fraktion einen neuen Wahlvorschlag für die Wahl des Obmannes und des Weiteren ihr im Landes-Rechnungshofausschuss zustehenden Mitgliedes, sowie für die Wahl der zwei Ersatzmitglieder eingebracht.

Hinsichtlich des Landes-Rechnungshofausschusses darf ich an dieser Stelle in Erinnerung rufen, dass die Mitglieder desselben gemäß Artikel 75 der Landesverfassung vom Landtag aus seiner Mitte nach den Grundsätzen der Verhältniswahl unter Bedachtnahme darauf, dass dem Landes-Rechnungshofausschuss mindestens ein Mitglied jeder im Landtag vertretenen Partei angehören muss, gewählt werden.

Der Obmann des Landes-Rechnungshofausschusses wird dabei auf Vorschlag jener an Stimmen stärksten im Landtag vertretenen Parteien gewählt, der kein Mitglied in der Landesregierung zukommt. Das ist die ÖVP.

Ebenso weise ich darauf hin, dass für die Wahl des Obmannes und der weiteren Mitglieder wie auch Ersatzmitglieder des Landes-Rechnungshofausschusses die Bestimmungen des Artikel 75 der Landesverfassung in Verbindung mit § 38 Abs. 3 und § 74 Abs. 4 GeOLT gelten.

Es sind daher bei diesem Wahlgang nur die Abgeordneten der ÖVP zur Stimmenabgabe berechtigt. Der Obmann, das weitere der ÖVP zukommende Mitglied wie auch die zwei Ersatzmitglieder sind gewählt, wenn der Wahlvorschlag mehr als die Hälfte an Stimmen jener Partei, die den Wahlvorschlag eingebracht hat, erhält.

Bei dieser Wahl möchte ich vorschlagen den Obmann wie auch das weitere der ÖVP zukommende Mitglied und die zwei Ersatzmitglieder der ÖVP im Landes-Rechnungshofausschuss in einem Wahlgang zu wählen, wobei jeder Abgeordnete zwei Stimmzettel erhält - einen für die Wahl des Obmannes und einen für die Wahl der weiteren Ausschussmitglieder.

Gibt es gegen diese Vorgangsweise einen Einwand? – Das ist nicht der Fall. Wir werden daher in dieser Weise vorgehen.

Ich ersuche daher die Stimmzettel zu verteilen. (*Verteilung der Stimmzettel*) Die Medienvertreter im Saal und auf der Galerie darf ich neuerlich daran erinnern, dass während des Wahlvorganges vom Filmen und Fotografieren abzusehen ist.

Die Stimmzettel sind verteilt, so dass ich Herrn Landtagsabgeordneten Killian Brandstätter ersuche, die Namensliste zu verlesen.

Die Damen und Herren Abgeordneten ersuche ich, nach Aufruf ihres Namens die Stimmzettel in der Wahlurne zu hinterlegen.

Bitte Herr Schriftführer. (*Über Namensaufruf durch Herrn Abgeordneten Killian Brandstätter hinterlegen Eckhardt Melanie, Fazekas Patrick, Handig Gerald, Laschober-Luif Karina, Mezgolits Johannes, Rosner Georg, Steiner Thomas, Temmel Walter, Ulram Markus, Wagentristl Julia, Wolf Christoph die Stimmzettel in die Wahlurne.*)

Präsidentin Verena Dunst: Die Stimmabgabe ist nun beendet. Ich ersuche nun die beiden Schriftführer Landtagsabgeordneter Killian Brandstätter und Landtagsabgeordnete Dipl. Ing. Julia Wagentristl, BSc die Auszählung der Stimmen vorzunehmen.

Präsidentin Verena Dunst (*nach erfolgter Stimmzählung*): Bei dieser Wahl wurden 11 Stimmen abgegeben. Davon sind 11 gültig. Bei der soeben durchgeführten Wahl wurde somit Herr Landtagsabgeordneter Mag. Thomas Steiner mit 11 Stimmen zum Obmann des Landes-Rechnungshofausschusses gewählt. Damit dürfen wir ihm gratulieren.

Des Weiteren wurde Herr Landtagsabgeordneter Gerald Handig mit 11 Stimmen zum Mitglied des Landes-Rechnungshofausschusses gewählt. Wir gratulieren Herr

Abgeordneter Patrick Fazekas, BA wurde ebenfalls mit 11 Stimmen genauso wie Herr Landtagsabgeordneter Markus Ulram mit 11 Stimmen zu Ersatzmitglieder im Landes-Rechnungshofausschuss gewählt.

Meine Damen und Herren, herzliche Gratulation. In dem Fall sind es vier Herren. Der Landtag gratuliert.

Meine Damen und Herren! Hoher Landtag! Nachdem nunmehr die Ausschüsse gewählt sind, kann ich auch die erforderlichen Zuweisungen vornehmen.

Ich weise die selbständigen Anträge Zahl: 22 - 1, Beilage 1, und Zahl 22 - 2, Beilage 2, dem Rechtsausschuss und dem Sozialausschuss zu.

Den selbständigen Antrag Zahl 22 - 3, Beilage 3, weise ich dem Rechtsausschuss und dem Finanz-, Budget- und Haushaltsausschuss zu.

Die selbständigen Anträge Zahl 22 - 4, Beilage 4, sowie die Zahl 22 - 5, Beilage 5, weise ich dem Rechtsausschuss zu.

Meine Damen und Herren, damit ist die Tagesordnung erledigt. Tag, Stunde und Tagesordnung der nächsten Sitzung werden rechtzeitig schriftlich bekanntgegeben. Ich möchte allerdings darauf hinweisen, dass hier die nächste Sitzung des Landtages für Donnerstag, den 2. April 2020, vorgesehen ist.

Außerdem darf ich Sie erinnern, dass am Mittwoch, dem 18. März 2020, um 14.00 Uhr, die konstituierenden Sitzungen der Ausschüsse stattfinden.

Ich darf natürlich auch im Anschluss an die heutige Sitzung, das habe ich vorhin schon gesagt, die Einladung nochmals wiederholen, dass Sie herzlich eingeladen sind, die neuen Abgeordneten in die Landtagsdirektion zu kommen und ich darf zu einer Präsidialkonferenz nunmehr um 12.30 Uhr in mein Büro bitten.

Nachdem ich vorher gehört habe, dass einige Abgeordnete noch etwas zu erledigen haben, ist die Bitte, natürlich dieser Bitte, der Landtagsdirektion nachgekommen, sodass um 13.00 Uhr die Einladung in die Landtagsdirektion gilt. Ich wiederhole, die Präsidialkonferenz bitte um 12 Uhr 30 Minuten.

Ich erkläre die heutige Sitzung für **g e s c h l o s s e n**.

Schluss der Sitzung: 12 Uhr 10 Minuten